WECHSEL SAME AND AREA SAME AND AR

Zeitschrift für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT



Nr. 30, August 1986

Schwerpunkt:
Energie - Alternativen gesucht: Die
Wolke von Tschernobyl - Versuch
einer Bilanz Niedrigstrahlung
Solarenergie - Abschied von einem
teuren Traum? PROALCOOL:
Biotreibstoff als Ausstieg?

Weltere Themen:
Grundstoff Giftgas: Die mittelbaren
Risiken der Elektroenergie

Ökologie und Systemdenken

Manhattan-Projekt der Reproduktionstechniker

Zuchtziel: Milch

Wohin führen Gentechniken bei
Rindern?

Erbsubstanz in der Rasterfahndung

Bitte Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaften und soziale Konflikte. WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Bestellungen an: WECHSELWIRKUNG, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten), DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)

LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER

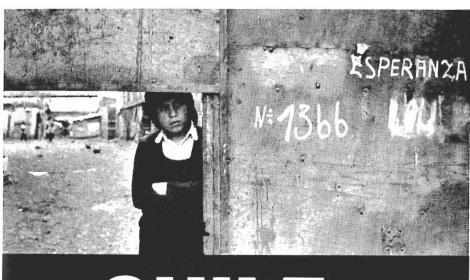
CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

November 1986

DM 4.50

<u>153</u>



CHILE: SCHWARZ-MALEREI?

Aus dem Inhalt:

CHILE: Militärs als Hüter der Verfassung / Interview mit Ricardo Lagos / COSTA RICA: Campesinos und Tränengas / MEXICO: Gratwanderung in der Krise / NICARAGUA: Agrarreform / Problematik bezahlter Hausarbeit

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— CHILE: Die Militärs als Hüter der Verfassung	4
Interview mit Ricardo Lagos	11
CODEPU	20
Einfach weitermachen	22
— PERU: Direkte Hilfe	25
Überfall auf die Lehrwerkstatt Micaela Bastidas	27
— COSTA RICA: Campesinos und Tränengas	30
— GUATEMALA: Demokratie in Guatemala —	
eine neue Hoffnung?	40
EL SALVADOR: Laura Pinto freigelassen	47
MEXICO: Gratwanderung in der Krise	
oder: Tanz auf dem Vulkan	48
NICARAGUA: Die Reform der Agrarreform	61
Und was passiert mit den Müttern von Sandino?	65
— ARGENTINIEN: Weihnachten ohne politische Gefangene!	70
BRD: Chile-Theater Bremen	72
SOLIDARITÄT: Spendenaufruf für die vom Erdbeben	
betroffene Bevölkerung von El Salvador	73
— REZENSIONEN: Chile — Chancen der Demokratie	
nach Pinochet	75
Agrarreform in Nicaragua	76
— Eingegangene Bücher	79
— Zeitschriftenschau	80

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 153

November 1986

Jahrgang 14 der CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich

(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174 - 6342

Redaktion: Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 16. Oktober 1986

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 50.- / Übersee-Luftpost DM 70.-Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrweise berechnet, angefangene Jahre anteilsmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN im Mehringhof

Gneisenaustraße 2

1000 Berlin 61

Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht personlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden

Editorial

Die einzige frohe Meldung dieser Nummer lautet: Hasenfus gefangen. Die Nicaraguaner haben einen US-Bürger verhaftet, der die

Contra mit Nachschub versorgte.

Dann wird die Sache aber bereits traurig. Die USA und ihre Freunde in der Welt der Menschenrechte stört das nämlich nicht. Sie lesen den Bericht der OAS, in dem es heißt, daß in Nicaragua die Katholische Kirche unter Reglementierungen leide. Es ist ihnen völlig gleich, daß die Führung dieser Kirche mit der Contra und Herrn Hasenfus paktiert.

Bekanntlich sieht die OAS die meisten Dinge wie die USA und alle, die bei uns regieren, wissen, daß sie sich daran halten müssen. Aus diesem Grunde bekam Vinicio Cerezo. Guatemalas Präsident, vom BMZ 48 Millionen Dollar geschenkt, als er vom 11. bis zum 14. Oktober die BRD besucht hat. Fünf Millionen sind für den Aufbau der Polizei, damit die Demokratie dort weiterwachse, die - so die OAS - bereits erfolgversprechend Wurzeln schlug. Uns liegen da ganz andere Informationen vor.

Auch das andere Hätschelkind der OAS, El Salvador, wird jetzt zeigen, daß es irreführend ist, dort von Demokratie zu reden. Durch ein schlimmes Erdbeben wurden, genau wie letztes Jahr in Mexico, vor allem die Armenviertel zerstört. Schon jetzt ist klar, daß die Regierung für die Opfer gar nichts tut, daß die Verletzten vom Krankenhaus der Militärs, dem einzigen, das überhaupt so ausgestattet ist, daß es noch funktioniert, mit dem Argument zurückgewiesen werden, es sei voll. Voll von verwundeten Soldaten, sprich: schuld ist die Guerilla.

Uns bleibt die Hoffnung, daß Duarte sich so kräftig diskreditiert wie Somoza 1972, doch wir wissen ebenfalls, daß sich Geschichte selten wiederholt. Sicher wird Napoleon Duarte, wenn er Anfang November die Bundesrepublik besucht, großzügig beschenkt. Für die "Naturkatastrophe" gibt es wohl noch einen Extrazuschlag. Wer El Salvador ein bißchen kennt, glaubt nicht, daß irgendetwas davon auch ganz unten angelangen wird.

Redaktionsmitglieder, die inzwischen wieder aus Lateinamerika zurückgekommen sind, haben wenig Positives zu berichten. Besonders traurig aber klingt die Nachricht aus Chile. Unser Redakteur war fast geneigt, nichts zu schreiben, weil seine Eindrücke sicher für die Solidarität sehr deprimierend seien. Wir haben ihm erklärt, es müsse sein.

Wem das zu triste ist, dem empfehlen wir Ernest Mandel. Er sieht seit zwanzig Jahren meistens alles optimistisch. In der TAZ vom 14. Oktober sagte er in einem Interview, das Großkapital habe weder der Arbeiterbewegung noch den Befreiungsbewegungen in den letzten Jahren entscheidende Niederlagen beibringen können. Vielleicht laden wir ihn einmal zu einer Schulung ein.

CHILE

Die Militärs als Hüter der Verfassung

1986 sollte nach dem Willen der chilenischen Opposition das entscheidende Jahr für den Sturz der Militärdiktatur des Generals Augusto Pinochet werden. Und der September sollte der wichtigste Monat dieses entscheidenden Jahres sein. Daraus ist am Ende nicht viel geworden. Aber auch die Versuche Pinochets, das gegen ihn gerichtete Attentat vom 7. September für die Stärkung seiner Machtbasis und die Verewigung seiner Herrschaft zu benutzen, sind nicht weit gediehen. Die Militärs spielen sich als Hüter der Verfassung auf.

Die schlechten Nachrichten für die Opposition folgten einander Schlag auf Schlag: Am 4. und 5. September hatte die von der Opposition vorgesehene breite Mobilisierung des Volkes gegen die Diktatur nur einen äußerst mäßigen Erfolg. Am 7. September scheitert das Attentat gegen Pinochet. Am 8. September wird der Belagerungszustand ausgerufen. Am 9. September findet eine riesige Massenkundgebung zur politischen Unterstutzung Pinochets in Santiago statt. Am 11. September kann der Diktator mit einer Rede einen neuen. den dreizehnten Jahrestatg seiner Diktatur feiern. Und während des ganzen Monats steigern sich die Maßnahmen der Unterdrückung: Oppositionelle Zeitschriften wie APSI, ANALISIS, CAUCE oder FORTIN MAPOCHO werden geschlossen, Oppositionsführer aus den Reihen der Demokratischen Volksbewegung (MDP) ebenso wie von der Demokratischen Allianz (AD) werden verhaftet. Auslandische Priester werden des Landes verwiesen. Und was die allgemeine Furcht am meisten steigert: Der Journalist José Carrasco sowie drei als Kommunisten bekannte Leute werden bei Nacht und Nebel unter dem Schutz des Ausgangsverbots von Todesschwadronen entführt und kaltblütig umgebracht. Ob die Patriotische Front Manuel Rodriguez tatsächlich das Attentat gegen Pinochet organisiert hat, ob

ihr auch die Waffen gehört haben, die die Militärs vorher gefunden und mit viel Getöse der Presse vorgeführt hatten, wie stark diese Organisation FPMR von der Kommunistischen Partei abhängt, wie selbständig sie ihre Pläne faßt und ob sie mit der seit langem existierenden Linksrevolutionären Bewegung (MIR) zusammenarbeitet, weiß in Santiago niemand genau zu sagen. Die Gerüchte schwirren. Ob Leute, die in Chile oder im Ausland als Sprecher der FPMR aufgetreten sind, die Waffenfunde als Märchen bezeichnet haben, sich dann aber das Attentat auf ihr Konto schrieben, wirklich Sprecher der Organisation waren, und ob sie dann auch die Wahrheit gesagt haben, weiß man nicht.

Entscheidend ist, daß die "Frente", die sich in den Regierungsnachrichten nicht einmal selbst "patriotisch" nennen darf, inzwischen von allen Seiten als so stark eingeschätzt wird, daß man ihr größere Waffenarsenale und ein mit großem Aufwand und intimer Kenntnis vorbereitetes Attentat zutraut. Und auf dieser subjektiven Gewißheit baut das politische Handeln der verschiedenen politischen Kräfte auf.

General Pinochet sieht in dem Attentat einen Angriff des Weltkommunismus, der von Moskau, Havanna und Managua aus versucht, sich des einzigen Mannes zu entledigen, der ihn wirklich durchschaut hat. Er hat deshalb die Gunst der Stunde genutzt, bei der eigentlich unwilligen Militärjunta den Belagerungszustand durchzusetzen. Aber auch der siebenstündige Vorbeimarsch von Hunderttausenden jubelnder Anhänger, die aus dem ganzen Land herbeigeschafft worden waren, reichte nicht aus, um ein neues Plebiszit durchzusetzen, mit dem er schon jetzt seine Herrschaft über das Jahr 1989 hinaus zu sichern hoffte. Nach seiner Auffassung ist die chilenische Demokratie erst wirklich gesichert, wenn ihm gestattet wird, bis 1997 Präsident des Landes zu bleiben.

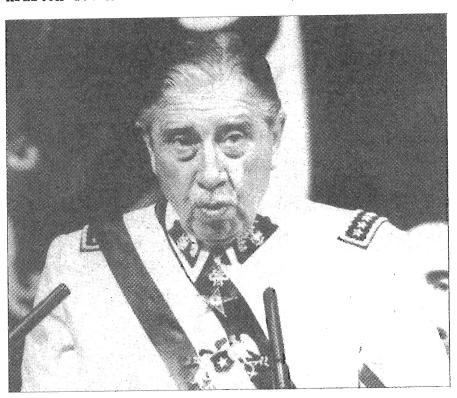
DAS SCHIELEN AUF 1989

Die 1980 in einem höchst fragwürdigen Plebiszit von Pinochet durchgesetzte Verfassung enthält Übergangsbestimmungen, die ihr endgültiges Inkrafttreten überhaupt erst für 1989 vorsehen. Nach diesen Bestimmungen soll die Junta der Befehlshaber von Heer, Marine, Luftwaffe und bewaffneter Polizei Ende 1988 zusammentreten, um dem Volk einen einzigen Kandidaten für die Präsidentschaft zur Entscheidung vorzuschlagen, und dieser Kandidat dürfte ausnahmsweise noch einmal Pino-

chet sein, muß es aber nicht. Wird dieser Kandidat vom Volk nicht angenommen, so kommt es zu einer Wahl zwischen mehreren Kandidaten und danach zu Kongreßwahlen.

Die ganzen Anstrengungen der jetzt als Gesetzgeber funktionierenden Militärjuntarichten sich darauf, den Prozeß der Vorbereitung dieser Wahlen von 1989 als technisch ungeheuer kompliziert darzustellen und möglichst langsam, aber doch stetig voranzutreiben. So veröffentlichte sie jetzt Anfang Oktober ein Gesetz mit unendlich vielen Paragraphen über die Erstellung neuer Wählerregister – die alten Register hatte die Junta 1973 nach dem Putsch verbrennen lassen. Wahlgesetz und Parteiengesetz fehlen auch noch, und jedermann wird doch einsehen, daß ohne solche Gesetze keine saubere demokratische Wahl möglich sein wird!

Tatsache ist, daß die Verfassung von 1980 im Kern undemokratisch, ja antidemokratisch ist, weil sie dem Prinzip der Volkssouveränität widerspricht und den Kräften der Militärdiktatur einen bleibenden und wirk-



samen Einfluß auf alle politischen Entscheidungen sichert. Nicht umsonst haben die Vertreter aller oppositionellen Gruppen seit dem Zustandekommen der Protestbewegung die Verfassung als undemokratisch abgelehnt.

Aber mit dem allmählichen Rückgang der Dynamik dieser Protestbewegung und mit der allmählichen Annäherung an das Jahr 1989 läßt sich verfolgen, wie in Teilen der Opposition bestimmte Positionen langsam aufgegeben werden. Um "die Dinge in Bewegung zu bringen", hat man nacheinander auf die Forderungen nach sofortigem Rücktritt Pinochets, nach einem zivilen Präsidenten, nach einer Verfassunggebenden Versammlung, nach Rücktritt der Militärjunta, nach vorzeitigen Wahlen, nach wesentlichen Verfassungsänderungen verzichtet. Das gilt - wohlgemerkt - nur für Teile der Opposition, die aber damit für die rechten Gegner Pinochets, für die Außenpolitik der USA und für die Militärjunta als Gesprächspartner immer interessanter werden.

Es gibt auch konservative Politiker unter den Christdemokraten und Radikalen, die ganz unbeirrt daran festhalten, daß Chile mit der Verfassung von 1980 nicht wird leben können. Umso größer war die Freude der Zeitung El Mercurio, des Organs der chilenischen Großbourgeoisie. als ein internes Diskussionspapier des sozialistischen Soziologen José Joaquín Brunner bekannt wurde, in dem dieser dazu aufforderte, auf die gesellschaftliche Mobilisierung der Opposition als Strategie zu verzichten, weil sie nur Wasser auf die Mühlen der Kommunistischen Partei und der von ihr dominierten MDP leite, und das Heil in Verhandlungen bei prinzipieller Anerkennung der gegebenen Realitäten und der herrschenden Verfassung zu suchen. Selbst die meisten Christdemokraten konnten sich nicht vorstellen, wie man die Regierung oder die Militärjunta zum Verhandeln bringen will, wenn man von vornherein auf die gesellschaftliche Mobilisierung verzichtet.

Nimmt man einmal an, daß die Vorbereitung von Wahlen in jedem Fall Zeit braucht, dann wird mit jedem Monat, der vergeht, die Forderung nach vorgezogenen Wahlen unsinniger und absurder. Indem die Militärs sich als die Garanten gut vorbereiteter und ordentlich durchgeführter, verfassungsmäßiger Wahlen aufspielen, gelingtes ihnen, gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Sie sichern ihre institutionelle Geschlossenheit durch die Verpflichtung auf eine gemeinsame Aufgabe. Sie lassen die Abwahl Pinochets im Jahr 1989 als möglich erscheinen und eröffnen so mittel-

fristig verlockende Perspektiven für einen Teil der Opposition. Und sie schließen die Kandidatur Pinochets 1989 nicht aus und erheben sich damit zum Schieds-richter über ihn.

Allerdings wird der Diktator nicht müde in der Handhabung aller Möglichkeiten zur Sicherung seines persönlichen Einflusses. So hat er, was ihm nach der maßgeschneiderten Verfassung zusteht, General Canessa, den bisherigen Vertreter des Heeres in der Militärjunta, durch den ihm stärker ergebenen Geheimdienstchef General Gordon ersetzen lassen, um gegen die allzuviele demokratische Illusionen erzeugenden Generäle Matthei und Stange, deutschstämmige Befehlshaber von Luftwaffe und bewaffneter Polizei, ein Gegengewicht zu schaffen.

So scheint es Pinochet wieder gelungen zu sein, über die nächste Runde zu kommen. Nie hat man es für möglich gehalten, daß er noch lange würde regieren können; aber immer hat er sich über die nächste Runde gerettet. Hält er bis Dezember durch, so kommt erst einmal die Sommerpause, in der in Chile nie etwas passiert, und dann ist 1989 wieder ein Stück näher.



Kurz nach Verhängung des Belagerungszustands wurde der Journalist José Carrasco Tapia ermordet; das Foto zeigt ihn auf einer seiner letzten Demonstrationen

DER RETTER IN DER NOT?

Dieses Jahr aber wird doch etwas im Sommer der Südhalbkugel geschehen. was die Gemüter für einige Zeit beschäftigen wird. Für fünf Tage im April kommt der Papst nach Chile. Er fährt zwar davor und danach auch in andere Länder, aber nirgends ist schon jetzt der Rummel der Vorbereitung so intensiv wie in Chile. Das Programm ist schon ausgearbeitet, zehn Städte sollen besucht werden, alle Kirchen und Kapellen, die der Heilige Vater betreten wird, werden schon geschmückt. Rechte und linke Priester und Bischöfe wirken eifrig und einträchtig mit bei der religiösen Erbauung, die das Volk auf das feierliche Ereignis einstimmen soll. Jeder erwartet etwas Anderes vom Papst, und nach den bisherigen Erfahrungen in Lateinamerika lassen sich auch alle Erwartungen begründen: Ermahnungen für die Obrigkeit und Forderungen nach Untertänigkeit, Bitten für die Armen und die Arbeiter und die Arbeitslosen und Lob für die Frömmigkeit der Reichen. Alle bereiten sich darauf vor. den Papst auf der eigenen Seite in der politischen Auseinandersetzung zu begrüßen, und um ihn freundlich zu stimmen. setzen sie die Religion vor die Politik, und damit ist man erst einmal bis April beschäftigt.

Die Erwartungshaltung ist aber auch sehr dadurch geprägt, daß Chile das einzige mehrheitlich katholische Land ist, das dieser Reisepapst - und zwar ganz offenbar wegen seiner Scheu davor, der Mörderbande die Hände zu schütteln - noch nicht besucht hat. Und das, obwohl er darauf rechnen kann, in Chile wegen seiner Vermittlung im Konflikt mit Argentinien um den Beagle-Kanal mit Dank überschüttet zu werden. Die Aufgabe seiner bisherigen Zurückhaltung gegenüber dem Pinochet-Regime könnte diesem jetzt erneut helfen, wieder eine Runde weiterzukommen.

SCHWIERGIKEITEN DER OPPOSITION

Die chilenische Opposition leidet nicht nur unter dem Belagerungszustand und dem Druck von außen, sie ist auch untereinander so zerstritten, daß gemeinsame Bemühungen, wie sie noch Mitte des Jahres denkbar erschienen, heute undenkbar wirken.

Der Sozialistische Block, von dem man sich vor zwei Jahren erwartete, daß er die beiden großen Oppositionsbündnisse MDP und AD aus eigener Kraft miteinander vermitteln könne. ist völlig aufgelöst. Die Soziali-

stische Partei (Flügel Núnez, früher Briones), die daran mitgewirkt hatte, arbeitet jetzt nur noch mit den Christdemokraten und der Rechten in der AD zusammen. Und sogar die einander so ähnlichen kleineren Parteien MAPU und Christliche Linke, die sich im Sozialistischen Block ihren Platz im Zentrum der Opposition ausgedacht hatten, gehen jetzt getrennte Wege: Der MAPU möchte den äußersten linken Flügel einer breiteren Allianz um die Christdemokraten und die AD bilden, während die Christliche Linke durch ein Heranrücken an die MDP die Isolierung der Kommunisten zu verhindern sucht.

Die Situation der Kommunistischen Partei ist durch das Attentat auf Pinochet nicht leichter geworden. Insoweit sie sich mit der FPMR identifizieren läßt, ist sie von öffentlichem politischen Handeln praktisch ausgeschlossen. Andererseits beruht ein großer Teil ihres heutigen Prestiges auf der offensichtlich bewiesenen Stärke der FPMR. Deren militärischer Logik wiederum können sich die möglichen Bündnispartner der Kommunisten nicht ohne weiteres unterwerfen, und so kommt es, daß auch die Sozialistische Partei (Flügel Almeyda) innerhalb der MDP vorsichtig von den Kommunisten abrückt.

Das eindeutige Abrücken der gesamten AD von den Kommunisten wegen deren Gewaltstrategie – fast alle hätten aber wahrscheinlich gern einen Erfolg des Attentats gesehen – macht die Sache auch nicht leichter, weil so das Schwergewicht dieses Bündnisses nach rechts zur Nationalen Partei hin verschoben wird.

Solchermaßen zerklüftet wird die Opposition nur von der Hoffnung geeint, daß Pinochet keine Kredite aus den USA oder vom Internationalen Währungsfonds mehr bekommt. Dabei wird vergessen, daß die USA-Regierung erst dann wirklich aktiv wird, wenn eine Corazón Aquino da ist, der man weltweit glaubt, daß sie Wahlen gewonnen hat, selbst wenn es gar nicht stimmt.

Ricardo Lagos: Eine autonome Wirtschaftspolitik für ein demokratisches Chile

Von vielen als einer der brillantesten Oppositionspolitiker, von anderen als möglicher zukünftiger Staatspräsident in einem demokratischen Chile angesehen, ist Ricardo Lagos Escobar, 48 Jahre alt, ohne Zweifel einer der Männer, der "Feinde", die Pinochet heutzutage am meisten fürchtet. Obwohl er die Diktatur nur mit seinen Ideen und seiner Fähigkeit, die Opposition zu einigen, bekämpft, wurde er wenige Stunden nach dem Attentat auf Pinochet verhaftet. Zivilpolizisten kamen mitten in der Nacht in sein Haus mit der Absicht, ihn erneut ins Exil zu verbannen, wie sie es schon 1978 gemacht hatten. Die nationalen und internationalen Proteste haben dies verhindert und letztendlich seine Freilassung am 26. September erreicht.

Nur wenige Tage vor seiner Verhaftung und während der großen politischen Spannung, die das Land beherrschte, konnten wir mit Ricardo Lagos über seine Vorstellungen von der Zukunft des Landes sprechen.

In einem nüchternen Büro in Santiago legte er die Möglichkeiten für Chile dar, um aus der Misere und der wirtschaftlichen Zerstörung herauszukommen, die durch 13 Jahre Monetarismus entstanden sind.

Obwohl er an der Universität Chile Jura studiert hat, wurde die Ökonomie zu seinem Spezialgebiet. Schon 1960 schrieb er als Diplomarbeit, die später als Buch erschien, über "Die Konzentration der wirtschaftlichen Macht in Chile", eine Studie, die Hunderten von Chilenen die Augen über die ungerechten Wirtschaftsstrukturen im Land öffnete. Seinen Doktor machte er in den Vereinigten Staaten in Ökonomie; 1971 war er Delegierter Chiles bei den Vereinten Nationen, 1972 aktiver Teilnehmer der Konferenz der Gruppe der 77 in Lima; bei der 3. Konferenz der UNCTAD in Santiago (1972) war er einer der Initiatoren. Nach dem Militärputsch mußte er ins Exil gehen. 1978 konnte er nach Chile zurückkehren und wurde in kurzer Zeit zu einer der herausragenden Persönlichkeiten der Opposition und gehört damit heute zu einem der Hauptziele der Verfolgung durch die Militärdiktatur.

Sie haben angesichts des Scheiterns des Monetarismus in Chile immer dargelegt, daß das Land "nach innen horchen", eigene Lösungen suchen müsse. Schlagen Sie eine Art Autarkie für Chile vor?

Ich glaube, daß es sich nicht um Autarkie handelt. Es geht darum, eine Form von Wirtschaftswachstum für unser Land

zu erreichen, das die Bedürfnisse der nationalen Mehrheiten befriedigt und gleichzeitig den einschränkenden Faktor jeglicher Strategie berücksichtigt: den Flaschenhals, den der externe Sektor darstellt. Unter dem externen Sektor verstehe ich die Art, wie sich die chilenische Wirtschaft in die Welt einfügt. Hierbei handelt es sich, um es kurz auszudrücken, um Folgendes: Im externen Sektor steht für uns an erster Stelle die Schwierigkeit der Auslandsverschuldung, für die es zwei Auswege gibt: die Exporte zu erhöhen und die Importe zu reduzieren.

Nun gut, beide Wege wurden in der aktuellen Situation versucht. Chile hat – ebenso wie der Rest Lateinamerikas – seine Importe praktisch auf die Hälfte reduziert. Auf der anderen Seite hängt die Erhöhung unserer Exporte nicht von uns ab, sondern zu einem großen Teil von den Wachstumsraten der kapitalistischen Industrieländer.

Zweitens hängt unsere Schwierigkeit beim externen Sektor von der Höhe des Zinssatzes ab. Eine Erhöhung oder Reduzierung um 1% bedeutet für Chile 200 Millionen US-Dollar. Das sind 10% der Kupfererträge. Und wir haben keinen Einfluß auf die Zinssätze, denn diese hängen von der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Industrieländer ab. Unter diesen Bedingungen ist es unerläßlich für das Land, eine autonome Wirtschaftspolitik festzulegen. Autonomie bedeutet, daß der Kapitalfluß und die Schuldendienste, die ins Ausland gehen, nur im Rahmen unserer internen Bedürfnisse geleistet werden. Wenn wir mehr exportieren, wenn uns mehr für unsere Produkte bezahlt wird, wenn die Zinssätze gesenkt werden - das alles sind Variablen, bei denen wir kein Mitspracherecht haben -, dann werden wir mehr bezahlen können. Aber da dies nicht von uns abhängt, werden wir je nach den entsprechenden Modalitäten handeln. Wenn die entwickelte industrialisierte Welt davon ausgeht, daß es wichtiger ist, die Inflation zu bekämpfen und ein Wachstum von ein, zwei oder drei Prozent anstrebt (die derzeitige Wachstumsrate der OECD-Länder), haben wir keine Zahlungskapazität - weder in Chile noch sonst in Lateinamerika.

Wenn ich also die Notwendigkeit einer "Innenschau" dargelegt habe, dann deshalb, weil ein dynamisches Entwicklungselement in der internen Kapazität liegt, und unsere externen Beziehungen werden sich nach dieser ersten Definition richten.

Aber dies impliziert eine andere Entwicklungsstrategie. Welche wären nach Ihrer Meinung die zentralen Punkte einer solchen Strategie?

Eine andere Strategie – das bedeutet, zu verstehen, daß nach vier oder fünf Krisenjahren und in Chile nach 13 Jahren eines auf die Spitze getriebenen Monetarismus das Gleichgewichtsgefüge unserer Gesellschaft zerstört wurde. Folglich müßten Sie heute eine zielgerichtete Politik verfolgen: erstens, das Beschäftigungsniveau erhöhen; zweitens, die Einkommen einer großen Mehrheit erhöhen, die heute keine produktive Arbeit hat oder im Grunde unterbeschäftigt ist.

Diese beiden Elemente zwingen uns - um zu verhindern, daß wirtschaftliche Ungleichgewichte produziert werden - zu einer Erhöhung der Produktion gewisser Güter, hauptsächlich Nahrungsmittel, Textilien und im Bausektor. Diese Bereiche kann man ankurbeln, ohne groß auf die externe Komponente Rücksicht nehmen zu müssen und folglich - um auf Ihre erste Frage zurückzukommen - plane ich keine Autarkie, sondern ich lege schlicht und einfach dar, daß der Motor der Entwicklung die Erhöhung der internen Nachfrage nach einer Produktpalette sein müßte, deren Angebot sich im Rahmen der Kapazität des Landes erhöhen müßte. Und dort würde das externe Element seinen einschränkenden Charakter verlieren.

Auf jeden Fall wird die Reaktivierung der Wirtschaft eines Landes, das so zerstört ist wie Chile, auf enorme konkrete Probleme stoßen. Die Auslandsverschuldung, zum Beispiel. Übernimmt die neue Regierung die Verantwortung für die privaten Auslandsschulden?

Bezüglich seiner Auslandsverschuldung hat Chile, im Unterschied zu anderen Ländern Lateinamerikas, zwei nur für dieses Land geltende Charakteristika: Erstens, 60% unserer Auslandsschulden sind private Schulden, d.h. daß sie vom privaten Sektor direkt bei privaten Banken und Institutionen im Ausland aufgenommen wurden. Das zweite Kennzeichen ist, daß die öffentliche Hand praktisch nicht informiert war über die Aufnahme der privaten Schulden. Denn die Mechanismen, durch die die private Auslandsverschuldung möglich war – im Rahmen der extremen Ideologie aus Chicago –, unterlagen keinerlei Kontrolle.

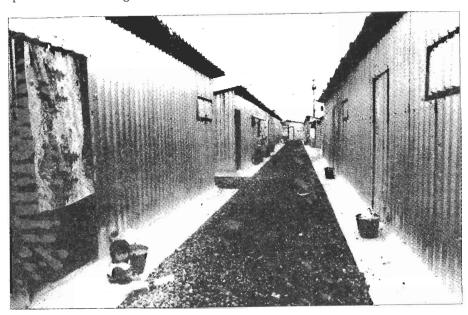
In den letzten drei Jahren forderten die internationalen Privatbanken vom chilenischen Staat, daß er für die privaten Schulden bürgt. Die Regierung von Chile akzeptierte die Bürgschaft für private Kredite des Finanzsektors, das sind 80% der privaten Schulden. Nach unserer Meinung muß die neue Regierung, die aus einem demokratischen System hervorgeht, eine Untersuchung vornehmen, in was diese privaten Kredite investiert wurden. Es handelt sich um 12 Mrd. Dollar, das ist für unsere kleine Wirtschaft viel Geld. Um es einmal in einen Vergleichsrahmen zu stellen: 12 Mrd. Dollar sind 60% des Bruttosozialproduktes pro Jahr in Chile. Wohin ist dieses Geld geflossen? Wo ist es? Warum müssen wir das bezahlen, wenn die internationalen Privatbanken, als sie das Geld verliehen, doch wußten, daß es für den Privatsektor war, für den der Staat nicht bürgte? Außerdem forderten sie höhere Zinssätze als die normalen Zinssätze in jeglichem Land.

Angesichts dieser Situation ist es also eine Sache, was Chile gemeinsam mit den anderen lateinamerikanischen Ländern macht, um das Thema der Auslandsschulden zu behandeln, und das andere Element ist das Spezifische der chilenischen Auslandsverschuldung. Mir scheint, daß Chile in einem demokratischen System jedes Recht hat, zu sagen, daß wir zu diesen 12 Mrd. nicht befragt wurden, die wir jetzt zahlen sollen und die dafür verantwortlich sind, daß jeder Chilene heute tausend Dollar für irgendetwas schuldet, was er niemals erhalten hat.

Ein anderes konkretes Problem ist die Arbeitslosigkeit. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um Arbeitsplätze in Chile zu schaffen?

Zentral im Prozeß der Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen sind meiner Meinung nach folgende Punkte: Zunächst einmal eine wesentliche Erhöhung der Investitionen. Während der Periode des "Wiederaufschwungs" des Chicagoer Modells fielen die Investitionen um 30% verglichen mit ihrem früheren Niveau. Dreißig Prozent! Kein Land weist Wirtschaftswachstum ohne Investitionen auf, also ist das erste Element die Investition.

Das zweite Element: Wer wird investieren? Das wird als großer ideologischer Disput dargestellt: der Staat oder Einzelpersonen. Meiner Meinung nach gibt es für diese Auseinandersetzung momentan keinen Grund, schon deshalb nicht, weil der private Sektor gar nicht investieren kann. Dieser Sektor ist



derart verschuldet, daß es mir unmöglich erscheint, daß er investieren könnte. Daher wird der Staat eine fundamentale Rolle bezüglich der Investitionen spielen.

Und das dritte Element: In welchen Sektor soll investiert werden? Meiner Meinung nach müßte man bei den drei schon genannten Sektoren ansetzen: Nahrungsmittel, Textilien und Bausektor. Denn dies sind Güter, die bei einer Reaktivierung stark nachgefragt werden. Nach einer Reaktivierung werden die heute 25% Arbeitslosen essen, sich anziehen und ein Dach über dem Kopf haben wollen. Das Land muß dann in der Lage sein, diese Güter zur Verfügung zu stellen ... wenn nicht, werden wir Inflation haben. Und da wir - wegen des externen Problems - nicht importieren können, müssen wir intern produzieren. Die Investitionen müssen bevorzugt in diese Sektoren gehen. Dies hat den zusätzlichen Vorteil, daß diese Sektoren, besonders der Bereich Nahrungsmittel, außerordentlich arbeitsintensiv sind. Folglich haben Sie nicht nur die notwendige Investitionssteigerung, sondern es wird auch eine Senkung der Arbeitslosenrate erreicht.

Und wie sollen diese Investitionen finanziert werden?

Wir, die Sozialisten, planen, daß die Finanzierung aus folgenden Bereichen kommen soll: Erstens aus den Militärausgaben. Früher wurden normalerweise 2,5% des Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke ausgegeben. Heute sind es 8,5%. Diese Ausgaben wurden 1978 wegen des Konflikts mit Argentinien von 6% auf 8,5% erhöht. Wenn die Militärausgaben auf das Niveau von 1978 gesenkt werden – ich spreche nicht von den historischen 2,5% – so erlaubt Ihnen dies, über 3,5% des Bruttosozialprodukts zu verfügen.

Zweitens die verfügbaren Ressourcen in der sozialen Sicherheit: Es ginge zu weit, in diesem Interview zu erklären, warum dort nochmals 2% des Bruttosozialprodukts für die Inve-

stition verfügbar sind.

An dritter Stelle kommt etwas, das mir sehr wichtig erscheint: Wir werden den Kapitalabfluß infolge der Auslandsschuld verringern müssen, wie ich das schon in den vorhergehenden Fragen dargestellt habe. Das gegenwärtige Niveau kann nicht aufrechterhalten werden. Mit diesen drei Elementen und zusammen mit einigen Maßnahmen, die den Charakter von Abgaben haben, scheint mit ein Reaktivierungsprogramm finanzierbar zu sein.

Aber ich möchte eine Forderung klarstellen: Vor diesem Reaktivierungsprogramm müßte die ökonomische Struktur des Landes modifiziert werden. In welchem Sinne? In dem Sinn, daß diese wirtschaftliche Struktur unter der Diktatur zu einer verzerrten Struktur zugunsten einiger Unternehmensgruppen wurde, die sich im Land etabliert haben. Wenn Sie reaktivieren und diese Struktur nicht vorher modifizieren, werden diese Gruppen wei-



ter wachsen und einen sehr wichtigen Teil dieser Erträge aus der Entwicklung absorbieren. Und folglich wird die ungerechte Verteilung dieses Systems weiter fortbestehen. Ich sage nicht. daß man eine sozialistische Revolution machen soll, sondern ich habe einen sehr nationalen Plan, das ist unerläßlich. Wir sind - wie alle politischen Gruppen - damit einverstanden, beispielsweise die Repressionsorgane abzuschaffen sowie diejenigen juristischen und institutionellen Regelungen, die den Arbeitern das Streikrecht und alle Errungenschaften auf dem Gebiet des Arbeitsrechts absprechen. Es ist ebenso unerläßlich, eine Übereinkunft mit allen zu treffen, um das Erbe, das wir von der Diktatur erhalten, zu verändern, die Wirtschaftsstruktur, die die Diktatur unter dem Schutz der Gewalt errichtet hat. Ich wiederhole, ich bin kein Parteigänger einer Reaktivierung, wenn nicht zugleich die Wirtschaftsstruktur verändert wird.

Was denken die Unternehmer darüber? Sie waren ziemlich passiv gegenüber der Diktatur. Hat sich diese Situation in der letzten Zeit geändert? Gibt es bereits eine Übereinkunft zwischen den Unternehmern und der Opposition?

Nein, nein, die gibt es nicht. Ich glaube - wie Sie es auch schon in Ihrer Frage andeuteten -, daß die chilenischen Unternehmer in diesen 13 Jahren nur sehr wenig demokratische Berufung gezeigt haben, um es mit Worten auszudrücken, die nicht so hart klingen.

In einem Gespräch, das ich mit Ayala und den Leitern der Gesellschaft für Industrieförderung hatte, habe ich ihnen meinen Standpunkt dargestellt. Ihre Antwort war folgende: "Wenn es Sie interessiert: Sie sind nicht der Erste, der uns das sagt." Ich würde sagen, die Unternehmer sind sich bewußt, daß sie als eine Gruppe betrachtet werden, die keine demokratische Berufung hat.

Gleichzeitig scheint es mir, daß diese Gruppe stark mit der Vergangenheit und den alten Ideologismen verwachsen ist. Ich habe sie zu einer Debatte eingeladen, als sie behaupteten, die politischen Gruppen hätten konfuse Pläne für die Wirtschaft. Ich erklärte ihnen damals, daß es mich nicht erstaune, daß sie so dächten, denn das sind die Kosten, wenn man in einer Diktatur lebt. Es gibt auch ökonomische Kosten. Es gibt natürlich enorme moralische Kosten, aber es gibt auch ökonomische. In einer Diktatur existiert nur eins, nur eine Wahrheit hat Zugang zum Radio, zum Fernsehen, zur Presse und den Universitäten. In den 13 Jahren wurde nur eine

Aber zurück zu den Unternehmern. Ich habe ihnen gesagt, daß wir darüber reden sollten, wenn sie die wirtschaftlichen Alternativen als konfus ansehen. Daraufhin erhielt ich von ihnen, konkret von Ayala und der Gesellschaft für Industrieförderung, einen Brief – in Moll, sagen wir mal. Er reflek-

Wahrheit an den Universitäten vermittelt.

tierte sehr beschränkte Interessen. Sie sprachen nur zwei Wirtschaftsprobleme an: das Privatunternehmen und das Privateigentum. Ich antwortete ihnen darauf, daß ich es bedauere, daß sie das zentrale Thema meines Briefes nicht verstanden hätten, d.h. zunächst einen authentischen demokratischen Rahmen zu akzeptieren, bevor man diskutieren kann. Das ist das Wichtigste. Ich weigere mich nicht, über das Thema Privateigentum zu diskutieren, aber heutzutage ist das nicht wesentlich.

Es gab ein Treffen mit dem chilenischen Unternehmertum. Was geschah dort?

Auf diesem Treffen legte ich den Punkt dar, der mir zentral erscheint: Zuallererst das demokratische System zu akzeptieren und den ideologischen Extremismus beiseite zu lassen. Letzteres bedeutet, daß wir verstehen müssen, daß es keine Dogmen gibt bezüglich des Komplexes Eigentum der öffentlichen Hand oder Privateigentum. Es gibt kein Land, in dem alles staatlich oder alles privat ist. Mit anderen Worten: Wie begrenzt man das Staatliche und wie das Private? Das muß demokratisch gemacht werden. Einige bevorzugen ein privates Gesundheitssystem, d.h. wer kein Geld hat, hat kein Recht auf Gesundheit. Sagen wir das dann auch so! Es gibt den Fall der Jugendlichen, die verbrannt wurde und von der man Hunderttausende Pesos forderte. Wenn es das ist, was sie wollen, dann sollen sie es sagen.

Aber vielleicht geht die Gesellschaft davon aus, daß Gesundheit etwas Wichtiges ist, und daß der Staat Einfluß haben sollte auf die Mechanismen, um jedem das Recht auf Gesundheit garantieren zu können. Oder es könnte vielleicht eine Mischform geben: staatlich und privat. Ich habe keine Ahnung. Ich weiß ganz genau, was ich bezüglich des Gesundheitssystems in Chile möchte, aber ich weiß nicht, wie die

chilenische Gesellschaft dieses Problem lösen wird.

Ich kann jedoch nicht akzeptieren, daß man mir sagt, daß wir - bevor man mit mir spricht - festlegen müssen, daß Privateigentum dieses oder jenes sei. Und das Privateigentum ist dieses. Und warum? Das ist das, was sie denken, aber ich kann etwas anderes denken. Also soll das Land diese Frage klären. Das heißt also, akzeptieren wir von Anfang an, daß die Gesellschaft bestimmen soll, welcher Bereich staatlich und welcher privat sein soll. So ist es in Frankreich, England, Deutschland, Italien und soweit ich weiß, sind das demokratische Länder gemäß dem Konzept, das die Leute der Gesellschaft für Industrieförderung bezüglich der Demokratie im Kopf haben.

Andererseits - um zum Schluß zu kommen - bleibt der chilenische Unternehmer meiner Meinung nach mit der Vergangenheit verbunden. Sie könnten mir sagen, daß sie in der Vergangenheit Traumata wegen der Unidad Popular hatten. Natürlich,

das sagt mir Ayala. Und ich habe ihm geantwortet, daß wir auch Traumata wegen des chilenischen Unternehmertums haben, weil diese Unternehmer ein Komplott schmiedeten, um die Regierung zu stürzen. Aber wenn wir alles nur unter dem Gesichtspunkt der Traumata der Vergangenheit sehen, werden wir kein Chile erschaffen, das in die Zukunft blickt.

Aber heutzutage: Entwickeln sich die Kontakte zwischen der Opposition und den Unternehmern weiter?

Ich glaube ja. Ich denke, daß das erste Treffen hart, aber sehr ehrlich war. Ich glaube, daß die Unternehmer begreifen, daß aus dieser Diktatur ein demokratischer Weg herausführt. Zum Beispiel die Wahl von Feliú zum Präsidenten des Verbandes für Produktion und Handel (Confederación de la Producción y del Comercio); er macht das deutlich, wenn er sagt, daß ein Kontakt mit den aktiveren sozialen Sektoren unerläßlich ist. Auf einem demokratischen Weg muß der Wiederaufbau des Landes das Werk aller sein. Ich kenne keine Lösungen für den Übergang von einer Diktatur zur Demokratie, ohne daß ein so wichtiger gesellschaftlicher Sektor wie die Unternehmer daran teilgenommen hätten. Aber diese Partizipation müssen sie akzeptieren und verstehen, daß viele Dinge, an die sie während der Diktatur gewöhnt waren, verschwinden werden. Denn die Unternehmer hatten einen privilegierten Status. Ein bißchen war diese Diktatur ihre Diktatur. Ich möchte daraus keine Karikatur machen, aber sie müssen beispielsweise verstehen, daß eine Arbeitsgesetzgebung wie die heutige, in der es praktisch kein Streikrecht gibt, nicht weiter bestehen kann.

Um zum Schluß zu kommen: Ich denke, daß es unerläßlich ist, den Dialog mit den Unternehmern aufrechtzuerhalten, um ein Übereinkommen mit ihnen in der von mir genannten Richtung zu erreichen.

CODEPU

Codepu "Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes" ist neben der Vicaria de la Solidaridad d i e Organisation, die für juristischen Beistand politischer Häftlinge in Chile sorgt; die Anwälte der beiden Organisationen vertreten zusammen rund 90 o/o der entsprechenden Fälle. Wir nehmen den Besuch eines Vertreters von Codepu in der Bundesrepublik zum Anlaß, über die Arbeit des Komitees zu berichten.

Codepu ist entstanden als Organisation der chilenischen Linken; daraus ergibt sich im juristischen Bereich eine gewisse "Arbeitsteilung" gegenüber der "Vicaria", die als Organisation der katholischen Kirche dem jeweiligen Bischof untersteht; die Scheidelinie ist die Gewaltfrage. Codepu übernimmt auch die Vertretung jener Regimegegner, die Gewalt gegenüber der Diktatur für legitim halten. Damit kommen auf Codepu die juristisch schwierigeren Fälle zu; zu ihnen gehören jene 13 Chilenen, denen die Vollstreckung der Todesurteile droht, die die Militärjustiz gefällt hat (s. LN 126). In der juristischen Praxis verschwimmt die Trennungslinie gegenüber der Vicaria insofern, als die Zahl der Anwälte, die sich überhaupt für Fragen der Menschenrechte in Chile engagieren, so begrenzt ist, daß sie zum großen Teil für beide Örganisationen arbeiten.

Die Komplizenschaft der chilenischen Richter mit dem Regime (vgl. LN 152, S. 9) findet in der Gleichgültig-keit der Anwälte gegenüber dessen Opfern ihr Gegenstück. Aus der Logik der absurden Situation ergibt sich, daß der Verhaftete in einem weniger schweren Fall sich an die Anwälte der Vicaria wenden wird, um nicht in den Augen der Richter seinen "Fall" durch das Image von Codepu zu belasten...

Im Selbstverständnis von Codepu ist der Bereich "Verteidigung der Menschenrechte vor Gericht" nicht notwendig der wichtigste; "el pueblo defiende al pueblo" ist der Leitsatz des Komitees. Damit ist die Durchsetzung der Menschenrechte auf allen Ebenen gemeint, und zwar nicht nur im Sinne der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, sondern auch im Sinn der Erklärung von Algier (1977), die auch die gesellschaftlichen Rechte einbezieht.

Sein eigentliches Arbeitsfeld sieht das Komitee darin, das Volk bei dem "offensiven" Eintreten für seine Rechte zu unterstützen; dazu gehören praktische Informationen: Was ist bei der Verhaftung von Angehörigen bzw. Genossen zu tun? Wo erhalten verletzte Demonstranten ärztliche Hilfe, ohne eine Verhaftung zu riskieren? Unter welchen Umständen ist es, trotz des Risikos einer Verhaftung, ratsam, daß ein Verletzter ein Krankenhaus aufsucht?

Entstanden ist Codepu 1980 aus dem Bedürfnis, eine Koordinationsstelle für eine Vielzahl von kleinen Gruppen
zu schaffen, die sich damals zu organisieren begannen:
Frauen, Studenten, Bewohner der Arbeiter- und Elendsviertel ("pobladores") und es diente dazu, Kontakte zu
den linken Parteien herzustellen. In jener ersten Phase
waren die Parteien auch mit ihren wichtigeren Führern
im Komitee präsent.

Als im Verlauf der Protesttage des Jahres 83 die MDP (Demokratische Volksbewegung) als linkes Bündnis entstand, übernahm sie schrittweise immer mehr der politischen Aufgaben, die bis dahin Codepu wahrgenommen hatte. Auf einem Treffen im April 84 wurden die Aufgabenfelder für Codepu neu abgesteckt, und zwar im eingangs skizzierten Sinn: offensiv für die Durchsetzung der Menschenrechte im individuellen wie im gesellschaftlichen Bereich unter den Bedingungen der Diktatur einzutreten.

Einfach weitermachen

BESUCH EINER CHILENIN IN BERLIN

Soledad L. ist aktives Miglied der Bewegung "Frauen für den Sozialismus", die vor drei Jahren in Chile gegründet wurde. Sie weiß, daß sie uns Europäerinnen zuerst die obligatorische Frage beantworten muß, wie sie es mit dem Feminismus hielten.

"Wir verstehen uns als Feministinnen", sagt sie, "die versuchen, über Parteienzugehörigkeiten hinweg. Vorstellungen von Gleichberechtigung und Emanzipation zu entwickeln, die für unsere politische Arbeit unverzichtbar sind.

Wir haben gesehen, daß in Nicaragua die Beteiligung der Frauen am Befreiungskampf zwar gefragt war, daß die Genossinnen sich engagieren konnten, daß sie aber später nach dem Sieg allmählich immer weiter zurückgedrängt worden sind.

Wir wollen vermeiden, daß so etwas in Chile auch passiert. Die Gefahr ist groß, denn viele Frauengruppen verstehen sich bis heute noch nicht als feministisch. Sie halten an dem bekannten Grundsatz fest, daß der Feminismus den gemeinsamen Kampf der Frauen und der Männer gegen die Diktatur nur schwächen oder spalten wolle. Wir teilen diese Ansicht nicht."

Als Aktivistin der "Frauen für den Sozialismus" hat Soledad am Aufbau eines breiten demokratischen Bündnisses mitgewirkt, der "Asamblea de la civilidad", welches Gewerkschaften, Studentengruppen, Berufsverbände und Organisationen der Armenviertel, Frauengruppen und andere mehr vereinigt. Diese Asamblea hat Anfang Juli zu einem zweitägigen Protest aufgerufen und ihn so erfolgreich durchgeführt, daß die Regierung sich genötigt sah, zahlreiche ihrer Führer und auch Führerinnen zu verhaften. Soledad kam fünf Tage ins Gefängnis, wurde dann als eine der ersten wieder freigelassen, weil sie keine führende Position innehatte und weil sie, das ist eine ziemlich sichere Vermutung, als Frau nicht sehr gefährlich scheint.

Es gibt wenige Frauen in Chile, die eine politische Rolle spielen. Selten kommt eine Frau zu uns, um zu berichten.

Soledad ist nicht gewillt, diesen Tatbestand schamhaft zu übergehen. Sie weiß, daß die politischen Parteien in der "Frauenfrage" stur sind, daß der Impuls, etwas zu ändern, nur von den Frauen kommen kann.

Thre Arbeit besteht im Moment im Aufbau einer Art von Bildungsstätte, in der organisiert, studiert, gestritten und beraten wird. Viele Frauen brauchen eine theoretische Grundlage, um sicher argumentieren und auftreten zu können.

Das autoritäre Chile Pinochets hat autoritäre Familienstrukturen neu begünstigt und gefestigt. Viele Frauen waren zur Zeit Allendes viel zu jung, um die Morgenluft zu wittern, die in diesen Jahren wehte. Sie brauchen Aufklärung, müssen lernen, was demokratisches Denken und Handeln ist. Soledad berichtet alles dies mit der Hoffnung und der Zuversicht, die wir von anderen Chileninnen kennen, die uns immer wieder animieren, doch auch ein bißchen optimistisch zu sein; angesichts der Erfahrung in den letzten Jahren fällt es schwer zu glauben, daß sich Feminismus und Sozialismus in irgendeiner nahen Zukunft einmal werden verbinden lassen. Ich trage Soledad das vor. Sie blickt mich fast ein wenig mitleidig an.

Für Europa möge diese Skepsis gelten, räumt sie ein, für Chile akzeptiere sie sie nicht.

BELAGERUNGSZUSTAND

Im Augenblick wird ihre Zuversicht jedoch von den Ereignissen der letzten Wochen überschattet. Das gescheiterte Attentat auf Pinochet hat, wie Soledad vermutet, die Gewaltspirale hochgeschraubt. Sie war nicht in Chile, als es passierte. Aus den wenigen Berichten, die sie bekam, weiß sie, daß es zunächst einmal nicht mehr möglich sein wird, mit der begonnenen Arbeit im alten Stile fortzufahren. Der Ausnahmezustand, den Pinochet verhängte, macht es möglich, jede Form von Arbeitsgruppe oder Treffen zu verbieten. Sie weiß auch nicht, was sie erwartet, wenn sie Ende des Monats zurückfliegt. Zur Sicherheit wird sie am Flughafen vom holländischen und spanischen Botschafter erwartet. Ihre Arbeit hat sie bereits nach der erwähnten Verhaftung verloren. Sie war als Psychologin seit zehn Jahren in einer privaten Unfallklinik beschäftigt, in der vor allem Arbeiter nach einem Arbeitsunfall behandelt wurden. Aus Rücksicht auf die Unternehmer, die die Klinik finanzieren, mußte sie, so hat man ihr erklärt, leider sofort entlassen werden. Soledad ist alleinerziehende Mutter zweier Kinder. Doch bei ihrem eigenen Schicksal will sie nicht verweilen, sondern auf das zu sprechen kommen, was sie zu uns geführt hat, was wir, wie sie hofft, veröffentlichen.

Auf Einladung verschiedener Solidaritätskomitees ist sie in Spanien und Holland gewesen, knüpfte sie hier Kontakte, spricht sie anläßlich eines Hearings zu Chile im Europaparlament. Sie glaubt, daß der Ausnahmezustand am ehesten durch Druck von außen aufgehoben werden wird. Momentant ist das Interesse an Chile vor allem bei den Sozialistischen Parteien wieder da. In Spanien sprach sie auf einer Kundgebung zu der sogar die Opposition aufgerufen hatte. 400.000 Menschen nahmen teil.

Soledad hofft auf die Möglichkeit einer baldigen Demokratisierung, einer Entwicklung ähnlich wie in Argentinien, denn mehr ist ihrer Meinung nach in Chile momentan nicht vorstellbar. Sie verzichtet auf Prognosen wie und wann es soweit sein wird. Doch sie weiß genau, was nötig ist, um einen Schritt dahin zu

tun. Sie bittet ganz konkret um Hilfe.

Wir sollen fordern, daß die BRD-Regierung von Pinochet verlangt, den Ausnahmezustand zu beenden, daß Parlamentarier nach Chile reisen, die sich die Ausmaße der Repression vor Augen halten, daß dort die Menschenrechte respektiert, die politischen Gefangenen freigelassen werden.

Soledad sieht sich als Sprecherin der "Asamblea de Civilidades" dieser Arbeit besonders verpflichtet und sie bittet auch um Unterstützung, daß diese Organisation so bald wie möglich wieder arbeiten darf.

Zum Schluß erzählt sie von den Frauen im Gefängnis. Sie hat nur kurze Zeit mit ihnen verbracht, war um so mehr schockiert, wie schlecht sie leben. Sie sind als politische Gefangene in einem Männerknast mit 800 sogenannten Kriminellen untergebracht, was jeden Hofgang oder sonstige "Bewegungen" außerhalb der Zellen verbietet.

Es gibt Frauen, die bereits seit vier Jahren im Gefängnis leben, ohne einen Prozeß gehabt zu haben, andere werden und wurden isoliert. Ihre Forderung, daß sie von ihren Kindern in den Zellen besucht werden dürfen, hat man abgelehnt. Die Besuche finden in einer riesigen Turnhalle unter viel Lärm und in einer kalten, unfreundlichen Atmosphäre statt.

Wir erzählen Soledad ein bißchen von der Solidaritätsbewegung in der BRD, daß sie sehr zurückgegangen ist, daß die Leute lieber nach Nicaragua fahren, daß viele meinen, es wäre besser, weniger in die Ferne zu schweifen und an Ort und Stelle mehr zu tun. Wir erzählen, daß sich die Berichte, die wir aus Chile haben, häufig widersprechen, je nach der politischen Linie, welche nur ein paar Experten noch durchschauen. Sie hört sich alles voll Interesse an. Sie kennt uns viel zu wenig, um sich dazu offen zu äußern. Wahrscheinlich weiß sie im Moment nicht, ob sie uns unserer Skepsis wegen bedauern oder kritisieren soll.

Ich frage mich, woher nimmt sie nur diese Ausdauer, diesen Mut.

PERU

Direkte Hilfe

VORGESCHICHTE

Bei einem landesweiten Lehrerstreik 1979 (im letzten Jahr der peruanischen Militärdiktatur) nahm die damals 22-jährige Lehrerin Inés Valdivia an einer Demonstration teil, die von der Polizei aufgelöst wurde. Polizisten warfen Inés zu Boden, schlugen sie und traten sie in den Rücken. Die Folgen: eine Quetschung des Rückenmarks, Lähmungserscheinungen, monatelange Bettlägrigkeit. Mit der zynischen Begründung, sie komme ihren Dienstpflichten nicht mehr nach, verlor Inés ihre Stelle und damit (weil Angestellte, nicht Beamtin) auch das Anrecht auf medizinische Versorgung in staatlichen Krankenhäusern sowie das Anrecht auf staatliche Unterstützung. 1981 war sie wegen einer aufsteigenden Lähmung in Lebensgefahr, die durch ärztliche Behandlung im Krankenhaus abgewendet werden konnte. Ein teilweise Lähmung der Beine blieb bestehen, ebenso wie eine Instabilität der Wirbelsäule: Inés ist deshalb auf den Rollstuhl angewiesen. Außerdem braucht sie Krankengymnastik, um ihre Selbständigkeit zu verbessern.

Inés hat in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht, aber auch viele Rückschläge einstecken müssen. Zweimal war sie schwerkrank (Lungentuberkulose und Nierenentzündung) , vor ca. zwei Jahren stahl man ihr auf offener Straße den Rollstuhl, während sie ins Haus getragen wurde. Anfang letzten Jahres räumten Diebe ihr Zimmer bis auf den letzten Gegenstand aus.

Inés Familie, die in einem Armenviertel in Lima wohnt, pflegte sie anfangs (als sie noch keinen Rollstuhl hatte), konnte und kann jedoch weder ihren Lebensunterhalt, noch ihre Therapie finanzieren. Inés, die sich intensiv um ihre Wiedereinstellung als Lehrerin bemühte, konnte sich bislang lediglich ein wenig Geld durch Handarbeiten verdienen.

ERNEUTER UNFALL

Inés hat Ende letzten Jahres eine Wohnung in der Innenstadt von Lima gefunden – wenn auch eine, in der sie im Rollstuhl nur mit Mühe zurechtkommt. Ihr war vom Erziehungsministerium eine Stelle zugewiesen worden, an der sie im März 1986 wieder anfing zu arbeiten. Nach einiger Zeit bat sie um Versetzung, weil die Schule für sie als Rollstuhlfahrerin so ungünstig lag, daß sie in zehn Tagen ihr gesamtes Gehalt (100 DM) in Taxifahrten angelegt hatte.

Daraufhin wurde sie unbefristet beurlaubt, bei Weiterzahlung der monatlichen 100 DM, und ging wieder auf die Suche nach weiteren Arbeitsmöglichkeiten, z.b. an Privatschulen und anderen Einrichtungen. Gesundheitlich ging es ihr auch wieder relativ gut, die Nierenprobleme traten wieder in den Hintergrund, und mit ihrer Behinderung kam sie, wie sie selbst berichtete, immer beser zurecht.

Mitte September 1986 wurd Inés auf der Straße im Gewühl des Limaer Innenstadt-Verkehrs von einem Bus angefahren. Sie fiel aus dem Rollstuhl (welcher in Stücke ging), und offensichtlich sprangen — wie schon einmal 1981 — Wirbel aus ihrer Position bzw. verschoben sich: jedenfalls unterzog ihr Arzt sie wieder einer Dehnung der Wirbelsäule und gipste sie dann ein, vom Kopf bis zur Taille. Seit dem Unfall hat Inés nicht nur starke Schmerzen. sondern auch wieder Lähmungserscheinungen in Armen und Beinen. Aus diesem Grund stellt der Gips, den sie noch zwei Monate tragen soll, eine zusätzliche Gefahr dar: sie kann lebensgefährliche Druckgeschwüre bekommen, ohne dies zu spüren. Deshalb bekommen in hiesigen Querschnittkliniken Patienten keinen solchen Gips.

In Peru ist Inés nur sehr unzureichend versorgt. Ihr Arzt ist der Meinung, daß sie im Ausland (USA oder BRD) weiterbehandelt werden sollte, weil hier medizinisch wesentlich mehr getan werden könnte. Inés ist eines der vielen Opfer von Polizeigewalt auf Demonstrationen, wofür die peruanische Polizei berüchtigt ist.

Wir, die Aktion Perú, bitten Euch um großzügige Spenden für die Weiterbehandlung von Inés, gegebenenfalls auch im Ausland.

Konto: Aktion Perú, Volksbank Tübingen, Ktonr. 37 285 009, Blz 641 901 10, Kennwort Inés Weitere Informationen über Inés und die Aktion Peru können angefordert werden bei: Bodo Zoege, Münzgasse 6, 74 Tübingen

Überfall auf die Lehrwerkstatt Micaela Bastidas

In Lima herrscht nun seit beinahe einem halben Jahr der Ausnahmezustand, ohne daß die Aktivitäten von Sendero Luminoso, deretwegen der Ausnahmezustand verhängt worden war, nachgelassen haben. Leidtragende der Situation, die geprägt ist von Polizeiwillkür, Einschüchterung und Angst, sind in zunehmendem Maße linke Gruppen, Basisorganisationen und alle diejenigen, die die Gleichschaltung der Informationen durch die APRA nicht hinnehmen oder sich gestatten, ein kritisches Verhältnis zur Regierungspolitik zu haben. Der Überfall auf die Lehrwerkstatt Micaela Bastidas ist ein Zeugnis dafür, wie gegen unliebsame Gruppen vorgegangen wird. Gerade diese Gruppen hatten auch auf Alan García gesetzt.

SIND VIDEOS SUBVERSIV?

Der zentrale Punkt des Interesses in unserem Fall sind die Videos, die wir besaßen. Welche Videos sind das? Einige Spielfilme, einige Dokumentarfilme, wie z.B. zum Thema Wassermangel, Organisation von Volksküchen, Anregungsmaterial für die Gruppenarbeit, z.B. für die Frauengruppen, auch Geschichten für die Kinder. Ein Aspekt unserer kulturellen Arbeit ist aber das Thema Menschenrechte. Dazu hatten wir Materialien, von denen wir annehmen, daß sie das Militär am meisten interessieren. So hatten wir die Kopie einer Fernsehsendung, die über die Vorfälle der Gefängnisrevolte und des Massakers berichtete. Dann hatten wir einen Film über den Marsch für Frieden und das Leben, den die Katholische Kirche, unterstützt von vielen Basisorganisationen, organisiert hatte.

Von diesen Materialien sprechen sie in einigen Ermittlungsakten, nicht aber über das andere Material, z.B. unseren wertvollen Fotoapparat. Diese Sachen sind einfach geraubt worden, was für uns natürlich ein schwerer Verlust ist. Die Videos sind nicht etwa selbst produziert worden, sondern sind Kopien von Filmen anderer Institutionen. Gegen die Produzenten können sie nichts unternehmen, denn die Filme sind von Organisationen wie dem Sozialwerk der Katholischen Kirche oder vom Ministerium für Kultur und vom Bauernverband CCP produziert worden.

Wenn für das Militär ein Film zum Thema Menschenrechte subversiv ist, dann ist alles, was wir haben, subversiv, absolut alles. Das ist eine andere Wertskala als das, was in der Verfassung verankert ist und wovon die Regierung sagt, daß sie diese Werte verteidige. Die Regierung hat sich Zentren wie unserem – Organisationen, die mit Basisgruppen zusammenarbeiten – verpflichtet. Sie hat sich dazu verpflichtet, adäquate Bedingungen zu schaffen für eine Arbeit, die der Gemeinschaft dient. Aber diese vom Militär gesetzten Werte können wir nicht als Maßstab akzeptieren für eine Unterscheidung zwischen subversiv und nicht-subversiv.

WEITERE GRUPPEN SIND GEFÄHRDET

Wir haben die Befürchtung, daß es morgen auch an andere Organisationen des Volkes geht. Wir sind nicht der einzige Fall.Diesmal haben sie uns in Collique besucht, aber die gleiche Operation hat das Militär auch schon in anderen Vierteln durchgeführt. Und manchmal protestieren die Leute nicht einmal – aus Angst.

Wir haben eine Anzeige erstattet, eine Anzeige gegen die Militäraktion. So etwas zu wagen, kann natürlich neue Repressalien hervorrufen, was wir auch befürchten. Wir wissen, daß andere Zentren gegen die in ähnlicher Weise vorgegangen wurde, aus Angst den Überfall als einfachen Raubüberfall gemeldet haben. Die Situation ist wirklich äußerst prekär. Um das Bild abzurunden: diese Aktion gegen unser Ausbildungszentrum erfolgte genau in dem Augenblick. in dem die Einrichtungen des Ministeriums für Erziehung in unserem Distrikt beschlossen haben, die Video- und Kulturarbeit in Zusammenarbeit mit unserem Zentrum durchzuführen. Und nun kommen die Gruppen und wollen ausleihen, und wir haben keinen einzigen Film. Das ist eine völlig widersprüchliche Situation. Seit vier Jahren arbeiten wir in diesem Elendsviertel. Nie hatten wir Probleme mit der Polizei oder mit sonst irgendjemanden. Wir sind verbunden mit den Basisorganisationen, zählen auf die Solidarität der Kirche und der Gemeindeverwaltung. Wir werden Ende des Monats an einer Demonstration zur Unterstützung vom Gemeindearbeitern teilnehmen und wir glauben, daß die Mehrheit der Bevölkerung uns begleiten wird."

MILITÄRÜBERFALL AUF DAS AUSBILDUNGSZENTRUM

"Sie kamen in der Nacht vom 27. auf den 28. August. Es war etwa 23 Uhr, kurz vor Beginn der Ausgangssperre. Bis zwei Uhr nachts dauerte der Überfall an. Wer sie waren? Militärs natürlich; ungefähr 50, gekleidet in grüne Uniformen, das Gesicht verdeckt von schwarzen Mützen, die nur einen Schlitz für die Augen freilassen. Die Militärs führten fünf oder sechs Panzer und einen Omnibus mit sich. Sie riegelten die ganze Zone des Elendsviertels ab und versperrten mit Waffengewalt den Einwohnern den Weg zu ihren Häusern. Gleich als erstes stürmten sie unser Zentrum, sogar übers Dach drangen sie ein, obwohl das Haus leer war. Zwei Stunden lang durchsuchten und verwüsteten sie alles,alle Papiere wurden durchwühlt, alle Geräte durchsucht, Innentüren eingetreten und Toiletten zerstört. Sie nahmen auch unsere neue Fotoausrüstung mit, alle Videos und Materialien dazu, Dias, Fotos und Dokumentationen über einige unserer Aktivitäten."

So berichtete es später Carmen Gálvez, Präsidentin des von der Entwicklungshilfeorganisation ASW (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt) unterstützten Ausbildungszentrums "Micaela Bastidas". Dieses Zentrum liegt mitten in Collique, einem Elendsviertel, 10 km außerhalb von Perus Hauptstadt Lima. Über 100.000 Menschen

leben hier - ohne geregelte Wasserversorgung und unter ungenugenden hygienischen Verhältnissen.

HILFE FÜR ELENDSVIERTEL

Getragen wird das Zentrum in Collique von einem gemeinnützigen Verein, der seit vier Jahren hier arbeitet. Sie bieten Beratung und Fortbildung für die Bevölkerung an, machen Kulturarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen, unterstützen Gesundheitskampagnen. Das Zentrum stellt Material und Raum für Gruppenarbeit zur Verfügung und bildet Mitarbeiter von Basisgruppen fort.

Im Zentrum arbeiten u.a. ein Arzt, eine Gesundheitsberaterin und eine Sozialarbeiterin. Eine Ernährungsberaterin führt zur Zeit ein spezielles Programm für unterernährte Kinder durch. Eine Frauengruppe organisiert eine Strickwerkstatt für 15 Frauen, die bei Erfolg vergrößert werden soll. Die Frauen wurden ausgebildet, haben einen Kredit bekommen, um Wolle zu kaufen und suchen nun nach Absatzmöglichkeiten ohne Zwischenhändler. Eine andere Frauengruppe möchte eine Bäckerei aufmachen, eine dritte Marmelade produzieren, wobei derzeit noch gemeinsam nach Finanzierungsmöglichkeiten gesucht wird.

REPRESSION UND ANGST

"Warum sie unser Zentrum überfallen haben? Wir glauben, weil das Zentrum offen ist für die ganze Bevölkerung; vielleicht war es deshalb verdächtig", meint Carmen Gálvez. "Und weil sie uns einschüchtern wollen, um die Beölkerung zu ängstigen, sie an ein Klima wie im Kriegszustand zu gewöhnen. Die ganze Operation dauerte immerhin drei Stunden und verursachte große Angst und Panik unter den Bewohnern. Und an den darauffolgenden Tagen kamen Kriminal- und Zivilpolizei. Sie kündigten weitere Nachforschungen an und daß sie das beschlagnahmte Material auswerten, um zu entscheiden, welche weiteren Mittel sie gegen uns anwenden wollen. Diese Ankündigung besorgt uns sehr. Wir haben erst viel später die Ermittlungsakten gesehen und ihnen entnommen, daß man uns 'subversiver Tätigkeiten' anklagt. Jetzt haben wir große Angst, welche Mittel von Repression wohl folgen werden. Der Spielraum für Institutionen wie unsere, die sich die Entwicklung, Fortbildung und Unterstützung von Basisorganisationen als Aufgabe gesetzt haben, wird immer enge durch die Art, wie sie die Mittel der Repression und Kontrolle einsetzen.

COSTA RICA

Campesinos und Tränengas

Am 15. September feierte Costa Rica den 165. Jahrestag der Unabhängigkeit vom spanischen Kolonialreich. Schon Wochen vorher waren Schaufenster, Gebäude und Autos mit den Nationalfarben geschmückt. Mit einem Fackellauf, Umzügen und Festveranstaltungen wurde der Geschichte gedacht und der Stolz aufs Vaterland gestärkt. Im Mittelpunkt der Reden stand die Besonderheit Costa Ricas, das sich durch die Tradition von Frieden und Demokratie von seinen lateinamerikanischen Nachbarn unterscheide.

Zwei Tage später lag das Zentrum der Hauptstadt San José unter Tränengasschwaden, Verhaftungen wurden vorgenommen, Verletzte abtransportiert. Eine Landwirtschaftspolitik, die zum Ruin vieler Kleinproduzenten führt, hatte Reaktionen hervorgerufen.

ÜBERSCHÜSSE IN DER PRODUKTION - RUIN DER PRODUZENTEN

Die Regierung Monge (1982-1986) verfolgte unter anderem das Ziel der Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln. Festgelegte Preise und eine Abnahmegarantie seitens des staatlichen Consejo Nacional de Producción (Nationaler Produktionsrat - CNP) sollten zur erhöhten Produktion anreizen. Diese Politiken sind schon älter, aber 1985 wurde erstmals ein Überschuß in der Reis- und in der Produktion der schwarzen Bohnen erzielt. Da aber der costaricanische Reis international - vor allem wegen der Subventionspolitik der USA - nicht konkurrenzfähig ist, muß der CNP den Export der Reisüberschüsse ebenfalls subventionieren und macht dabei beträchtliche Verluste, 1985 264 Mio. Colones = 5 Mio.\$. Ähnlich ist die Lage bei den anderen Grundnahrungsmitteln; für den Aufkauf der Ernten von Mais, Sorgo und schwarzen Bohnen (Frijoles) zahlte der CNP 1985 etwa 7 Mio\$. Das Gesamtdefizit des CNP betrug 1985 1,2 Mrd. Colones, über 20 Mio\$.

Begründung für diese Subventions- und Defizitpolitik ist die damit angestrebte soziale Umverteilung: hohe Abnehmerpreise sollen die Produzenten stärken, niedrige Konsumentenpreise sollen den städtischen Unterschichten, dem Hauptverbraucher der Grundnahrungsmittel, zhelfen. In der Realität sind jedoch vielfach Großunternehmer und Zwischenhändler die Hauptnutznießer dieser Politik. So kaufen Zwischenhändler vom CNP verbilligte Ware und verkaufen sie später teuer an dieselbe Institution. Eine andere Einnahmequelle für Zwischenhändler ist es, verschuldeten Campesinos die Ernte vorzeitig abzukaufen und dann zu Stützpreisen an den CNP zu veräußern.

Die Verringerung der Verluste des CNP ist eine der Hauptforderungen, die die Weltbank in den Verhandlungen mit der Regierung um neue Kredite stellt. Tatsächlich hat die Regierung Arias Maßnahmen zur Drosselung der Produktion von Grundnahrungsmitteln ergriffen, und zwar in undifferenzierter Weise, ohne soziale Absicherung, so daß die Kleinproduzenten die Hauptbetroffenen sind. So wurden die Reisanbauflächen begrenzt, und die staatlichen Banken geben für darüber hinausgehende Pflanzungen keine Produktionskredite. Der CNP hat die Aufkaufgarantie für Reis und Sorgo fallengelassen und den Preis für den von ihm zu erwerbenden Reis (ca. 12% der Ernte für die eigenen Verkaufsstellen) gesenkt. Der Stützpreis für Frijoles wurde um 25% reduziert, derjenige für gelben Mais, der v.a. als Viehfutter Verwendung findet, wurde ganz gestrichen, um ihn in Zukunft billiger zu importieren. Auch die Produktion von weißen Mais sollte eingeschränkt werden.

Die Hauptbetroffenen dieser Politik sind die mittleren und Kleinproduzenten, in deren Händen sich der Großteil der Produktion von
Mais und Frijoles befindet. Beim Reis besteht eine enge Verflechtung von Großproduzenten und den Eigentümern der Reismühlen; oft
sind sie identisch. Während die Verarbeitung der Produktion der
Großproduzenten damit gesichert ist, wird die Reismühle andere
Ernten nicht aufkaufen, wenn der Weiterverkauf (an den CNP oder
sonst jemanden) nicht gesichert ist. Noch heute, ein knappes Jahr
nach der letzten Ernte, warten viele Kleinproduzenten und Genossenschaften auf deren Bezahlung; die Reismühlen behaupten, ihrerseits vom CNP noch nicht bezahlt worden zu sein.

KAMPF UM DIE LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

Während einige Regierungskreise die Senkung der Produktion der besagten Grundnahrungsmittel bis auf den Selbstversorgungsgrad führen, also nur die Exportüberschüsse beseitigen wollen, hat sich der Zentralbankchef Lizano zum Wortführer einer Strömung gemacht, die international günstiger angebotene Produkte importieren wollen. Der Anbau dieser Produkte im Lande, zu denen Reis und Mais gehören, soll also noch viel stärker beschränkt werden. Stattdessen sollen die Campesinos international konkurrenzfähige Produkte anbauen. Diese Position befindet sich offensichtlich im Einklang mit der US-Politik, die zum einen die eigenen landwirtschaftlichen Überschüsse loswerden und damit zum anderen Abhängigkeiten verstärken will. Das Schlagwort ist bekannt: Hunger als Waffe!

Gegen die Position Lizanos entwickelte sich seitens der von den Großproduzenten beherrschten Landwirtschaftskammern sofort Widerstand. Da die Subventionen rein mengenabhängig gezahlt wurden, waren die Großproduzenten stets die Hauptnutznießer der Anreizpolitik; diese Einkommen sahen sie jetzt gefährdet. Die Kammern stellten fest, daß Lizano keine Alternativen benennen könne, die die Grundnahrungsmittel auch vom Umfang her ersetzten könnten.

Importierte Güter seien vielleicht billiger, das liege aber v.a. allem am internationalen Subventionskrieg; außerdem müßten sie mit Devisen bezahlt werden.

Daraufhin distanzierte sich auch Landwirtschaftsminister Esquivel von Lizanos Plänen. Zwar sei eine Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft unabdingbar, das könne jedoch nicht über eine brüske Vernichtung "international nicht konkurrenzfähiger Güter" geschehen, vielmehr nur über einen graduellen Wandel, der Diversifizierung und Modernisierung enthalte. Der Zentralbankchef solle lieber die Zinsen für die Landwirtschaft senken, um die Produktionskosten zu reduzieren. Esquivel nahm einige Maßnahmen der Regierung zurück, so die Preissenkungen für Frijoles und weißen Mais.

DIE CAMPESINO - ORGANISATIONEN MELDEN SICH ZU WORT

Mittlerweile hatte sich neben dem Protest der Landwirtschaftskammern auch der Widerstand von Campesino-Organisationen formiert. Hohe Zinsen, hohe Produktionskosten, mangelnde technische und finanzielle Unterstützung und widrige Witterungsbedingungen haben die Mehrheit der mittleren und Kleinproduzenten in eine untragbare Verschuldung gestürzt. Die auf Produktionsrückgang bei Grundnahrungsmitteln ausgerichtete Politik der Regierung würde für Tausende das Aus bedeuten und die bestehenden Prozesse von Bodenkonzentration und Landflucht verstärken. 11 Campesino-Organisationen legten dem Präsidenten Arias eine Erklärung vor, die in Auszügen feststellt:



Am 17. September blockierten Campesinos die Avenida Central in San José

"Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Maßnahmen, die Ihre Regierung kürzlich in der Landwirtschaftpolitik getroffen hat, wirken darauf hin, mit den Kleinproduzenten in unserem Land Schluß zu machen. In einer verantwortungsbewußten und patriotischen Haltung und in der Verteidigung der obersten Interessen des Vaterlands überreichen wir Ihnen ein Programm, das die Grundlage für die Festlegung und Durchführung einer ernsthaften Agrarpolitik sein muß, welche den Interessen des Kleinproduzenten und des Konsumenten und somit des Landes im all-

gemeinen dient. (...)

Herr Präsident! Wir müssen annehmen, daß Sie, Ihre Berater und Untergebenen die Verarmung und Vernichtung genau kennen, unter denen wir seit vielen Jahren leiden und die auf folgendes zurückzuführen sind: eine nicht beherrschbare Kostenstruktur, die Bestrafung der Produzenten durch Steuern und direkte finanzielle Belastungen, die fortschreitende Auflösung der (staatlichen, Anm. d. LN) Banken und des CNP, sowie die Schwächung aller Institutionen zur Förderung der mittleren und Kleinproduzenten, völliges Fehlen technischer und technologischer Hilfe, ungerechte Produktions- und Vermarktungsbedingungen, die die untragbaren Subventionen für die Industriellen aufrechterhalten usw. Es ergibt sich ein Panorama totaler Unsicherheit über die Zukunft der Aktivitäten, denen wir unser ganzes Leben gewidmet haben.

Um ehrlich zu sein, Herr Präsident: Dieses tragische Panorama ist nicht Ergebnis der wenigen Monate Ihrer Amtszeit. Es ist das Ergebnis der Anhäufung einer Reihe von Maßnahmen, die seit mehreren Jahren zu unseren Lasten getroffen wurden - manchmal sehr gewalt-

tätig, manchmal sehr subtil.

Es ist das Verdienst der gegenwärtigen Regierung, den Mut oder die Verwegenheit besessen zu haben, schließlich die Maßnahmen angewandt und angekündigt zu haben, die definitiv mit der Existenz des mittleren und Kleinproduzenten Schluß machen werden, den Sie vor nur 15 Tagen so weise "Fundament und Bollwerk unserer Demokratie" genannt haben. WOLLEN SIE ALSO AUCH MIT DER DEMOKRATIE SCHLUSS MACHEN? Sie kennen unsere Geschichte und wissen, daß wir sie um jeden Preis verteidigen werden. (...)

Wer unsere Demokratie, die sich auf unsere Arbeit gründet, erhalten und verbessern und uns die Existenz als Produzenten garantieren will, muß eine wirkliche Landwirtschaftspolitik auf folgende

Ziele ausrichten:

a) das Recht garantieren, daß wir weiterhin produzieren können, und zwar zu gerechten Bedingungen.

b) die sozio-ökonomische Entwicklung auf dem Land stärken, um ein würdiges Leben zu garantieren.

c) ein höheres technisches Niveau und die Diversifizierung unserer produktiven Aktivitäten fördern.

d) eine gerechte Verteilung des Reichtums, den unsere Arbeit produziert, so daß Produzenten, Industrielle und Konsumenten gleichermaßen daran teilhaben.

35

e) tatsächliche, ständige und zunehmende Teilhabe unserer Organisationen bei der Festlegung, Planung und Durchführung der verschiedenen Produktionsprogramme. (...)"

Daraus wurden folgende Forderungen abgeleitet:

- 1. kein Import von Produkten, die im Land selbst angebaut werden können; stattdessen Förderung der Effizienz.
- 2. Reduzierung der Produktionskosten bezüglich Maschinen, Inputs, Steuern.
- 3. hinsichtlich Umfang und Bedingungen angemessene Kredite.
- 4. Stärkung der staatlichen Institutionen, die direkt oder indirekt der Förderung der Landwirtschaft dienen(Landwirtschaftsministerium, CNP, Agrarentwicklungsinstitut, Verkehrsministerium usw.).
- 5. Nutzung der Gewinne aus den landwirtschaftlichen Ausfuhren für die Entwicklung der Landwirtschaft, vor allem zum Nutzen der mittleren und Kleinproduzenten.
- 6. Unterstützung des Aufbaus von Vermarktungs- und Lagereinrichtungen in den Händen der Produzenten und der organisierten Arbeiter.
- 7. Kontrolle der Gewinne und der Effizienz der Agroindustrien, die viele staatliche Vergünstigungen erhalten haben.
- 8. Verteilung von Land an die organisierten Campesinos; Bereitstellung der notwendigen Unterstützung der Produktion.
- 9. Ermöglichung der Wiederaufnahme der Reisproduktion für die mittleren und Kleinproduzenten, die in der letzten Ernte ausgeschaltet wurden: Kauf der Ernte durch den CNP.
- 10. Schutz der Rechte der indigenas auf Selbstbestimmung, Gleichheit und Boden.
- 11. von den Produzenten zu kontrollierende Mechanismen zur Entschädigung im Fall von Naturkatastrophen.
- 12. Einhaltung der zwischen Regierung und Campesino-Organisationen abgeschlossenen Vereinbarungen.

Die Forderungen wurden von allen größeren Campesino-Organisationen unterstützt, darunter UPAGRA, UNAC, FENAC, UPANACIONAL, FESIAN, UTAN; einige lokale Organisationen sowie die Genossenschaftsföderationen FEDEAGRO und FECOPA beteiligten sich ebenfalls. Dem Präsidenten wurde eine Frist bis zum 17.September gegeben, dann sollte eine Demonstration der Campesinos zum Präsidentensitz ziehen, um die Antwort der Regierung einzufordern. Der Generalsekretär von UPAGRA, Carlos Campos, warnte: "Wir wollen nicht mit leeren Drohungen kommen, aber wir weisen darauf hin, daß wir uns für den Fall, daß es bis zu diesem Datum keine klare Definition der Politiken für die mittleren und Kleinproduzenten gibt, gezwungen sehen, zu Maßnahmen zu greifen, die bisher nicht angewandt worden sind." (La Nación, 2.9.1986, S.8A).

In der Zwischenzeit wartete man vergeblich auf die angekündigte Festlegung der Agrarpolitik; dem Vernehmen nach gewann die Position des Landwirtschaftsministers Esquivel die Oberhand, lieber finanzielle Verluste in Kauf zu nehmen, als den Ruin Tausender von Campesinos noch zu beschleunigen. konkrete Maßnahmen wurden jedoch nicht ergriffen.

DER 17. SEPTEMBER: CAMPESINOS UND TRÄNENGAS

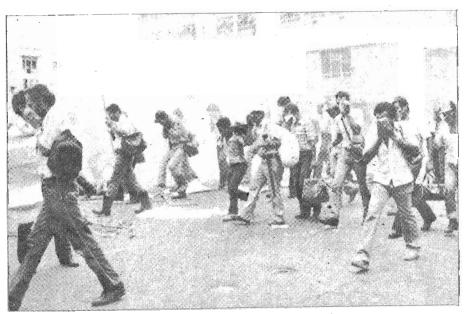
Für den 17. September wurde schließlich zur Demonstration aufgerufen. Wichtigste Organisation in dieser Bewegung war UPAGRA, die bereits in der Vergangenheit durch kämpferische Maßnahmen zur Verteidigung der Interessen ihrer Mitglieder – Maisproduzenten in der nördlichen Atlantikregion – hervorgetreten war. Die Demonstration von ca. 1000-1500 Campesinos, die vor allem aus der nördlichen Atlantik-, der Nord- und der südlichen Pazifikregion nach San José angereist waren, stand unter dem Motto "Für das Recht, weiter produzieren zu dürfen!"

Offiziell wurde als Demonstrationsziel der Sitz des Präsidenten angegegben. Die Organisatoren hatten jedoch beschlossen, als besonderes Druckmittel die Avenida Central zu blockieren, um eine Antwort auf ihre Forderungen und Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lage einzuklagen. Die Blockade fand an der Seite der Zentralbank statt, wo die Hauptbetreiber der "Liquidierungspolitik" gegen die Kleinproduzenten sitzen. Es war vorgesehen, mindestens einen Tag dort auszuhalten.



Die costaricanische Guardia Civil: Objekt bundesdeutscher Polizeientwicklungs-Hilfe

Es tauchte jedoch kein für die Agrarpolitik Verantwortlicher dort auf; vielmehr erschien nach einiger Zeit die Guardia Civil und forderte die Räumung der Straße. Als die Campesinos der Aufforderung nicht nachkamen, begann die Guardia Civil, mit einem brutalen Schlagstock- und Tränengaseinsatz die Sitzblockade aufzulösen. Die großte Gruppe der Demonstrationsteilnehmer rettete sich schließlich in die Kathedrale, die sofort mit einem Polizeikordon abgesperrt wurde. An den Kreuzungen des Stadtzentrums postierten sich Polizeitrupps, die immmer wieder mit Tränengas gegen versprengte Grüppchen vorgingen.



Tränengas vertreibt eine Gruppe Campesinos

Im Parque Central, vor der Kathedrale, versammelten sich Unterstützer der Demonstration, vor allem Mitglieder der Jugendorganisationen der beiden Spaltprodukte der kommunistischen Partei (Vanguardia Popular und Partido del Pueblo). Mit Sprechchören ("campesinos si, militares no") und hin und wieder auch Wurfgeschossen (Stöcke, Steine) attackierten sie die Guardia, die darauf immer wieder mit einer Räumung des Parque Central mittels Tränengaseinsatzes antwortete. Der Park füllte sich jedoch jeweils nach 10-15 Minuten wieder.

Gegen Abend wurde die Lage ruhiger, die Guardia Civil zog ab, die etwa 800 Campesinos, die in der Kathedrale Zuflucht gefunden hatten, erhielten vom Erzbischof die Erlaubnis, die Nacht dort zu verbringen.

Die Reaktion der Öffentlichkeit richtete sich zunächst gegen den brutalen Polizeieinsatz. Zu offensichtlich war die - von Fernsehbildern bewiesene - Gewalt von der Guardia ausgegangen, auch wenn die Polizeiführung natürlich das Gegenteil behauptete. Zu viele Passanten und Beschäftigte des Stadtzentrums waren Zeuge und Opfer des Tränengaseinsatzes geworden. Der Schock über das Verhalten der Ordnungskräfte saß tief, denn wenn die Guardia auch z.B. bei Räumungen besetzter Länderein in entlegenen Gegenden noch härter agiert, war diese Brutalität im Zentrum der Hauptstadt doch ein Novum. Die Organisatoren berichteten am Tag nach der Demonstration von 41 Verletzten, darunter 6 Kindern. Auch zwei Polizisten sind verletzt worden. Die Polizeiführung gab 13 Verhaftungen bekannt.

Am Tag nach der Demonstration, als viele Costaricaner noch von der Brutalität des Polizeieinsatzes schockiert waren, erschien auf der ersten Seite der bedeutendsten Tageszeitung des Landes, La Nación, ein Foto mit Staatssekretär Spranger vom bundesdeutschen Innenministerium, der der costaricanischen Regierung weitere Unterstützung im Polizeibereich zusicherte. Dann ist der Tränengasnachschub und vielleicht mehr – ja gesichert ...

DER 17. SEPTEMBER HINTERLÄSST SPUREN

Einen Tag später gab die Rechte über die veröffentlichte Meinung die Interpretations-Marschrichtung aus: Es sei zwischen den legitimen Forderungen der Campesinos und den Extremisten zu unterscheiden, die daraus Nutzen ziehen und das System destabilisieren wollen. Damit wurden auch die Organisatoren der Demonstration denunziert, die mittels der Vertretung der Forderungen der Campesinos "politische Ziele" verfolgt hätten – und damit ist etwas Negatives gemeint.

Auf der anderen Seite solidarisierten sich die sechs Gewerkschaftszentralen mit dem Kampf der Campesinos und unterstützten die in der Kathedrale Eingeschlossenen mit Lebensmitteln, Decken usw. Drei Tage lang verharrten die Campesinos in der Kathedrale, während derer es unter der Vermittlung des Erzbischofs Arrieta zu Verhandlungen mit der Regierung kam. Im schließlich vereinbarten Abkommen, das auf Campesino-Seite von Vertretern von UPAGRA, UNAC, FENAC, FEDEAGRO und lokalen Organisationen unterschrieben wurde (einige Organisationen, v.a. UPANACIONAL beteiligten sich wegen der Ablehnung bestimmter Kampfmittel nicht an der Demonstration), kündigte die Regierung für Anfang Oktober einen Plan an, der die Richtlinien der zukünftigen Agrarpolitik festlegen

und auf die Forderungen der Campesinos eingehen sollte. Die Verhafteten wurden freigelassen, und die Regierung verpflichtete sich, keine Maßnahmen gegen die Anführer der Demonstration zu ergreifen.

Auch wenn die Campesinos also zunächst keine konkreten Verbesserungen erzielt haben, ist es doch gelungen, ihre Lage in das öffentliche Bewußtsein zu bringen. Zeitungseditorials befaßten sich mit dem Thema, andere regionale Campesino-Organisationen beteuerten in Anzeigen, daß sie die gleichen Probleme wie die Demonstrationsteilnehmer hätten. Schließlich ist die Position von Landwirtschaftsminster Esquivel gegen die Neoliberalen gestärkt worden. Das zeigte sich dann auch im Agrarprogramm, das am 3.0ktober vorgelegt wurde. Die wichtigsten Punkte sind:

- eine regionale Spezialisierung auf bestimmte, "neue" Produkte
- Reduktion der Grundnahrungsmittelproduktion auf den Inlandskonsum
- keine Importe bei Produkten, bei denen die Selbstversorgung gesichert ist (Milch, Reis, Mais, Frijoles)
- Zinssenkungen für Kleinproduzenten auf 12% bei neuen, 15% bei traditionellen Produkten; für mittlere Produzenten auf 18% bei neuen Produkten, Viehzucht und Kakao (Anm.: die Inflation beträgt gegenwärtig ca. 10%)
- der Aufkauf von frijoles und weißem Mais bleibt garantiert, die Preise werden jedoch gesenkt
- der CNP bemüht sich um verstärkten Direktkauf bei den Campesinos
- Maschinen und Inputs für die Landwirtschaft werden von Steuern befreit
- das Agrarentwicklungsinstitut soll für die Landverteilung 600 Mio. Colones (= etwas über 10 Mio.\$) jährlich erhalten (Anm.: Der Chef dieses Instituts hatte eine Milliarde Colones pro Jahr als Minimum nicht für die Lösung der Landknappheit, sondern nur für die Entschärfung der brennendsten Konflikte bezeichnet.)

Offensichtlich ist auf einige der Forderungen, unter denen die Demonstration vom 17. September angetreten war, eingegangen worden, andere wurden nicht berücksichtigt. Aber auch die Erfüllung der Versprechen muß abgewartet werden. Zwar sprechen beide Strömungen in der Regierung von einem guten Ergebnis, aber die Neoliberalen beginnen bereits mit der Vorbereitung des Gegenangriffs: Die Finanzierung der Beschlüsse, die die Regierung etwa 2 Mrd. Colones (etwa 35 Mio.\$) kosten würden, sei noch ungesichert. Gleichzeitig hätten sie Rückwirkungen auf die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds.

Die Auseinandersetzung geht weiter, nicht nur über die Agrarpolitik. Auch die Frage nach den Mitteln der politischen Auseinandersetzung wird verschärft geführt: In einem Land, in dem die Legalität und die demokratisch legitimierte staatliche Autorität zum

Kernpünkt des politischen Systems erklärt werden, werden Regelverletzungen als Instrumente, soziale Interessen zu vertreten, verteufelt. Auch wenn die Inhalte des politischen Protests anerkannt werden, soll verhindert werden, daß die benutzten Methoden eine weitere Verbreitung seitens gesellschaftlicher Gruppen finden, die ihre Interessen im formalen politischen System nicht ausreichend zur Geltung bringen können. Demgegenüber wird von Presse und Parteien die costaricanische Tradition des friedlichen Interessenausgleichs, des Dialogs und der Konsensbildung betont, mit denen Konflikte gelöst werden sollen. Wieder einmal stellt sich aber die Frage nach den Spielräumen, die solchen politischen Formen in der Krise bleibt.



Die Campesinos verlassen die Kathedrale – aber nicht mehr so schnell die politische Bühne

GUATEMALA

Demokratie in Guatemala — eine neue Hoffnung?

Guatemala ist nach Nicaragua und Honduras der drittgrößte Staat in Zentralamerika. Bezogen auf seine Bevölkerungszahl, sein wirtschaftliches Potential und seinen Anteil von Auslandsinvestitionen hatte Guatemala überproportional stark an US-Militärhilfeprogrammen teil. Dazu gehört auch, daß man schon sehr früh besonderen Wert auf die Anti-Guerilla-Ausbildung durch US-Berater legte; Guatemala ist heutzutage führend in der Counter-Insurgency-Ausbildung.

Seit dem 14. Januar 1986 hat Guatemala den ersten zivilen Präsidenten nach dreizehn Jahren verschiedener Militärdiktaturen. Mehr als 35 000 Menschen sind im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre von den Militärs, der Polizei und den Todesschwadronen entführt und ermordet worden, kamen in Massakern der Armee und in Kämpfen zwischen Guerilla und Militär um, mehr als eine Million Menschen mußte als Flüchtlinge ihre Heimat verlassen.

Zu Beginn dieses Jahres stattete eine Abordnung der politischen Gruppierung GRAEL – Grüne und Alternative – Teil der Regenbogen-Fraktion im Europäischen Parlament – Guatemala einen Arbeitsbesuch ab, um sich kurz nach dem Machtwechsel von der Militärauf die Zivilregierung über den Demokratisierungsprozeß zu informieren.

DIE REPRESSION

Als Außenstehender kann man den Eindruck gewinnen, die quatemaltekische Armee sei seit Jahren in einen Kried mit der Guerilla verwickelt. Abgesehen davon, ob jemand, der sich gegen die Ermordung von Mann. Frau oder Kindern, anderer Angehöriger, Stammesgenossen usw. zur Wehr setzt, als Guerillero, Kommunist oder Terrorist zu bezeichnen ist, hat sich gezeigt, daß direkte bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Armee und Guerilla weitaus seltener sind als die systematische Repression der Zivilbevölkerung durch die Armee. Ziel der Militärs war es insbesondere, die Zivilbevölkerung mit der "Taktik der verbrannten Erde" zu terrorisieren. Die verfolgte und von systematischer Ermordung bedrohte Zivilbevölkerung suchte Zuflucht bei den Widerstandskämpfern. Durch systematische Zerstörung der Dörfer, durch Niederbrennen der Ernten, Ermordung der

Dorfbewohner und Vertreibung der Überlebenden schnitt

die Armee den Widerstandskämpfern die Nahrungsmittelversorgung ab, bürdete ihnen zusätzlich die Vertriebenen, überwiegend Kinder, Frauen und ältere Menschen auf und engte damit ihre Bewegungsfreiheit stark ein.

Entstehen konnte diese Situation auf dem Hintergrund einer Verquickung wirtschaftlicher und militärischer Interessen, die durch die Militärdiktatur durch die Aufrechterhaltung von kolonialen, mittelalterlichen Strukturen unterstützt wurden. Hinter diesen Interessen stehen die 18 führenden Familien im Lande sowie multinationale Konzerne. Die Existenz der einen wie auch der anderen basiert auf einer Reihe von Privilegien, zu deren Aufrechterhaltung man sich bisher jeder Form von Demokratisierung systematisch widersetzte. Diejenigen, die für eine Demokratisierung eintraten, sei es aus sozialen, gewerkschaftlichen, politischen, religiösen oder anderen Gründen, galten als Kommunisten und Terroristen.

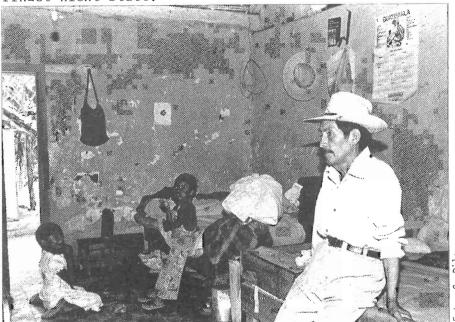
DIE SOGENANNTEN ENTWICKLUNGSDÖRFER (siehe auch LN Nr. 136)

Insbesondere die Flüchtlinge innerhalb Guatemalas - hauptsächlich Indianer (60 % bis 65 % der Bevölke-rung sind Indianer), die verschiedenen Stämmen angehören und verschiedene Sprachen sprechen - werden zusammen in die von der Armee aufgebauten Modelldörfer getrieben oder mit leeren Versprechungen dorthin gelockt. Der Nachrichtendienst der Armee verbreitet darüber einige Veröffentlichungen, es gibt sogar Touristenfahrten in diese Dörfer.

Die Wirklichkeit sieht so aus, daß ursprüngliche Dörfer mit Steinhäusern von der Armee vollständig zerstört und die Einwohner ermordet oder vertrieben wurden. Die neuen "Dörfer" wurden manchmal sogar unmittelbar neben den Ruinen aufgebaut. Tatsächlich ist ein solches "Dorf" nichts anderes als ein unerträglicher Komplex gleichförmiger Baracken (Holzplatten mit Wellblechdächern) in blockförmiger Anordnung, die von den Bewohnern anzukaufen sind. In jedem Dorf gibt es eine Kaserne, wo die Militärs in schönen Steinhäusern mit allem Komfort untergebracht sind. Die Bevölkerung dieser Dörfer lebt in völliger Armut, viele besitzen buchstäblich nichts außer einem winzigen Flecken Land vor ihrer Tür, auf dem sie eine Handvoll Mais anbauen können. Man hatte ihnen Ackerland versprochen, was sie nicht erhielten und nach Aussagen des stellvertretenden Entwicklungsministers, Miguel von Heugen, in der nächsten Zeit auch nicht erhalten werden. Diese Dörfer, in denen die verschiedenen Indianerstämmen angehörenden Einwohner einander in der Regel nicht verstehen, dienen ausschließlich der

Kontrolle durch die Armee. Sie sind ohne weiteres als Konzentrationslager zu bezeichnen, deren Bewohner die Militärs jedesmal um Erlaubnis bitten müssen, wenn sie ihr Dorf verlassen wollen, wobei ihnen dann will-kürlich Fristen gesetzt werden, etwa einen Krankenhausbesuch innerhalb zweier Stunden zu erledigen, was manchmal technisch einfach nicht möglich ist.

Die Armee ist allgegenwärtig und hält trotz Demokratie den Kriegszustand weiterhin aufrecht. Nach Angaben zahlreicher Zeugen wurden Erwachsene und Jugendliche auf den Dorfplätzen von den Militärs öffentlich hingerichtet, um die Zivilbevölkerung einzuschüchtern. Sogar in Kirchen findet man in Militäruniform (!) gekleidete Statuen mit Blumen und Früchten zu ihren Füßen. die von den Kirchgängern angebetet werden. In den Bergen verübt die Armee immer wieder Überfälle, die gegen die Guerilla ebenso wie gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sind. Die Angst unter der Bevölkerung ist sehr auffällig: Kaum jemand wagt es, zu sprechen und in der Nähe einiger "Entwicklungsdörfer" flüchteten die Menschen ins Gebüsch, sobald jemand angefahren kam. Immer wieder kommt es vor, daß betrunkene Soldaten in den Dörfern, insbesondere abends, wild um sich schießen. Dabei gab es bereits mehrere Tote; eine Strafverfolgung findet nicht statt.



Verschiedenen Zeugenaussagen zufolge gibt es in allen Kasernen Gefängnisse, deren Zellen so klein sind, daß die Gefangenen darin nur aufrecht stehen können (Aussagen von Maurern und Zimmerleuten, die diese Zellen gebaut haben). In diesen Zellen stehen Gefangene seit Jahren Tag und Nacht. Diese Gefangenen werden jetzt nach langen Jahren der Not und Folterung umgebracht, weil die Armee aus Angst vor Strafverfolgung in der Demokratie lästige Zeugen beseitigen will. Nach Aussagen von Anwohnern paramilitärischer Gefängnisse werden dort Menschen hineingefahren und erschossen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Todeskommandos aus ehemaligen Militärs bestehen, und daß die Armee eng mit ihnen zusammenarbeitet. Die Beseitigung der Zeugen ist zur Zeit in vollem Gange.

Aufgrund des jahrelangen Terrors und der großen Gewinne einiger weniger ist Guatemala natürlich wirtschaftlich zerrüttet. Ausbeutung und Korruption, insbesondere durch die Armee, funktionieren unvermindert weiter. Der Wechsel zur Demokratie – d.h. das, was dafür herhalten muß – erfolgte ja nicht etwa wegen der anhaltenden unerträglichen groben Menschenrechtsverletzungen oder wegen inneren Widerstandes – der ist niedergeschlagen und erstickt worden – sondern weil das internationale "Ansehen" Guatemalas unter der Militärdiktatur allmählich so negativ wurde, daß die zur Sanierung der zerrütteten Wirtschaft dringend benötigte Auslandshilfe auszubleiben drohte.

DER KRIEG GEHT WEITER

Auch nach der Machtübergabe an die Zivilregierung kontrolliert das Heer das ganze Land. Offiziell herrscht jetzt Demokratie, tatsächlich aber befindet sich Guatemala im Kriegszustand. In der Hauptstadt ist dies nicht offensichtlich, doch auf dem Land lebt die Bevölkerung weiterhin in Angst. Das Heer ist omnipräsent, in den Dörfern, entlang den Straßen, in den Strukturen.

Niemand wird erwarten, daß nach so vielen Jahren grauenvoller Unterdrückung durch das Militär sozusagen über
Nacht die Demokratie eingeführt werden kann. Der zivile Präsident hat alle Mühe, die alten Militärmachthaber nicht wieder an die Macht kommen zu lassen.
Wie aber sollen die Bemühungen um Demokratisierung zu
verstehen sein, wenn einen Tag vor der Machtübergabe
auf Betreiben der früheren Militärdiktatoren ein Dekret
(8-86) erlassen wurde, in dem allen Militärs, die sich
eventueller Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung schul-

dig gemacht haben, vollständige Amnestie gewährt wird?? Was für eine Demokratie soll da eingeführt werden? Der einzige Umstand, der auf eine Demokratie hindeutet, war bisher die Abhaltung von Wahlen und die Einsetzung eines Zivilpräsidenten. Im Alltag ist die Demokratie noch nicht nachweisbar. Über wieviel Handlungsspielraum verfügt der Präsident zur Umsetzung der Demokratie ins praktische Leben?

Der Leiter der hondurenischen und der mittelamerikanischen Menschenrechtskommission sagte am 21.03.86 in einer Presseerklärung in Brüssel unter anderem: "... Nach der Doktrin der nationalen Sicherheit, die unseren Militärs immer noch eingeschärft wird, ist jeder, der politisch anders denkt als die reichen Machthaber, ein subversiver Kommunist. ... In dieser Doktrin werden die Militärs häufig als Retter des Vaterlandes, als die einzigen, die die Interessen des Staates wahren können, hingestellt."



DIE STELLUNG DES ZIVILEN PRÄSIDENTEN VINICIO CEREZO

Bislang ist die Stellung Cerezos nach seiner Machtübernahme alles andere als gefestigt. Die immer noch mächtigen Militärs mit ihren Putschdrohungen und ihrer
landesweiten Präsenz engen seinen Handlungsspielraum
ein. Er beabsichtigt zwar, die herrschenden koloniallen Machtstrukturen des Großgrundbesitzes und des mächtigen Privatkapitals anzutasten, ja sogar Privatbesitz
zu enteignen und zu verstaatlichen, die Aussichten auf
Durchsetzbarkeit solcher Gedanken erscheinen im Hinblick auf den ausgedehnten Privatbesitz einer sehr kleinen Gruppe und deren Einflußmöglichkeiten zweifelhaft.

Die wichtigsten politischen Leitlinien sind vorerst nicht mehr als gute Absichten. Beweise für eine tatsächliche Entwicklung in der von ihm genannten Richtung gibt es nicht. Cerezo scheint seinem Image jenseits der Grenzen Guatemalas zu vertrauen. Er präsentiert sich nachdrücklich als Autorität in mittel- und lateinamerikanischen Fragen und versucht damit, seine Position zu stärken.

Die Erwartungen der Bevölkerung, die sie zu Beginn in den Präsidenten gesetzt hat, wurde nicht erfüllt, für sie hat sich bislang nichts geändert, außer daß die Lebenshaltungskosten ständig steigen. Die Menschen sind unzufrieden.

Enttäuscht von Cerezo sehen sich bislang auch die vielen hunderttausend Flüchtlinge die innerhalb Guatemalas oder direkt jenseits der grenze in Mexiko leben. Sie fordern freie Rückkehr in ihre Dörfer, Beseitigung der Modelldörfer und Wiederaufbau der alten zerstörten Dörfer sowie Abzug der Armee und Abschaffung der Zivilpatrouillen. Cerezos Antwort lautete bisher: Übereinkommen mit der Guerilla und Demokratisierung, insbesondere in den Dörfern, auf dem Lande, auf kommunaler Ebene. Doch wer die Umstände kennt, weiß, daß es neben der örtlichen demokratischen Verwaltung der Gemeinden noch immer eine parallele Struktur gibt, die von den Militärs beherrscht wird. Mit Unterstützung durch paramilitärische Todesschwadrone aus ehemaligen Militärs, wird die gesamte örtliche Gesellschaft kontrolliert. Die Armee unternimmt nichts gegen diese Todesschwadrone, sie werden vielmehr durch die allgegenwärtige weitverzweigte Korruption gestützt.

Weit reicht die christliche Demokratie im heutigen Guatemala nicht. Doch sie erhält Unterstützung: Am 21. September 1986 überreichte Karl Dieter Spranger, Staatssekretär im Innenministerium der BRD, dem Herrn Innenminister Guatemalas, Juan José Rodil Peralta, ein Geschenkpaket der bundesdeutschen Christdemokratie: 55 Streifenwagen Marke Mercedez Benz Geländewagen, fünf Mercedes-Busse, 60 BMW Motorräder, Funkausrüstung für alle Fahrzeuge und mehrere Videokameras, allesamt bestimmt für die guatemaltekische Nationalpolizei.(taz, 02.10.86)



EL SALVADOR

Laura Pinto freigelassen

Ende September erreichte uns die Nachricht, daß Laura Pinto (Maria Teresa Tula) aus dem Frauengefängnis Ilopango freigelassen wurde. Sie war dem Militärrichter vorgeführt worden, der ihre Freilassung verfügte. Unklar ist aber, ob sie weiterhin unter der Anklage der Unterstützung "subversiver Kräfte" steht. Sie hält sich jetzt mit ihrem 6. Kind, das Ende Juli im Gefängnis zur Welt kam, in San Salvador auf.

Auf einer Pressekonferenz in San Salvador beschrieb sie ihre Gefangennahme und die während des Verhörs erlittene Folter. Sie klagte an, daß sich die Sicherheitsorgane nicht ausgewiesen hatten und sie erst am Ende ihres Verhörs nach 13 Tagen vom Roten Kreuz erfuhr, daß sie in den Händen der Polizei war.

Präsident Duarte erwiderte auf ihre Anklagen, daß sie während des Verhörs mißhandelt worden war, ihr Fall zeige, daß im Lande Demokratie herrsche, denn unter einer Militärdiktatur wäre sie nicht freigelassen worden.

Wir bedanken uns bei allen, die sich für die Freilassung Laura Pintos eingesetzt haben.

Leider sind jedoch alle anderen Mitglieder humanitärer Organisationen, die Ende Mai mit ihr verhaftet wurden, noch im Gefängnis. Wir bitten daher, auch für ihre Freilassung einzutreten:

Gregoria Paises Vides, Mitglied des Mütterkomitees CODEFAM, 47 Jahre, 7 minder jährige Kinder

Reina Isabel Hernandez, Mitglied der Flüchtlingshilfegruppe COPRODES

Herbert Ernesto Sanabria, Mitglied der Nichtstaatlichen Menschenrechtskommission CDH, Jurist, 2 Kinder

Rafael Antonio Rojas, CDH Reinoldo Blanco Rojas, CDH

Reinoldo Blanco Rojas, CDH

Miguel Angel Montenegro, CDH.

Nähere Einzelheiten zur Arbeit von Laura Pinto sind nachzulesen in LN Nr. 147, S. 26 und LN Nr. 151, S. 40.

MEXICO

Gratwanderung in der Krise oder: Tanz auf dem Vulkan

EIN JAHR NACH DEM ERDBEBEN: PFIFFE FÜR DEN PRÄSIDENTEN

Die Fußballweltmeisterschaft in Mexiko ist längst vorbei und das Gastgeberland war damit auch zunächst wieder aus der deutschen Medienlandschaft verschwunden. Berichte, Analysen und Kommentare hatten kurzfristig Konjunktur, zur WM so wie vor gut einem Jahr, als die folgenschweren Erdbeben vom 19./20. September die Hauptstadt erschütterten, mehr als 30.000 Menschen das Leben kostete, eine halbe Million Mexikaner obdachlos machte, 5,000 Gebäude allein in der Hauptstadt zerstörte und Schäden in Höhe von mindestens 4 Milliarden US-Dollar zur Folge hatte. Das Erdbeben erschütterte aber nicht nur die Hauptstadt, sondern erfaßte als eine Art soziales Nachbeben weite Teile der mexikanischen Gesellschaft. Es deckte mehr auf als es verschüttete und enthüllte etliche Skandale der mexikanischen Gesellschaft und Politik. In der Folge des Erdbebens hat die Opposition gegen die Regierung von Miguel de la Madrid und ihre Wirtschaftsund Sozialpolitik an Schärfe erheblich zugenommen. Das Image dieser Regierung ist nach den menschlichen und politischen Folgen der Erdbeben den sozialen und ökonomischen Konsequenzen der eingeschlagenen Austeritätspolitik in der 4 Jahre andauernden Wirtschaftskrise so schlecht wie selten einer Regierung zuvor.

Der Versuch, der internationalen Öffentlichkeit zur WM das Bild eines geeinten und - trotz Wirtschaftsund Verschuldungskrise und des Erdbebens - starken Mexikos vorzuführen, scheiterte gründlich: bei der Eröffnung der Weltmeisterschaft und vor dem gesamten internationalen Publikum wurde der Präsident Aztekenstadion von den Mexikanern ausgepfiffen. Und dies in einer so anhaltenden Intensität, daß die Übertragung teilweise unterbrochen wurde - ein für Mexiko massiver Akt der Außerung von Unzufriedenheit. denn derartige Kritik an einem amtierenden Präsidenten ist über Jahrzehnte fast ein nationales Tabu gewesen. Dennoch waren diese Minuten eine deutliche Demonstration, daß viele Mexikaner, nicht nur der

ärmeren, sondern auch der mittleren Bevölkerungsschichten (denn diese waren im Stadion vor allem zugegen) nicht mehr bereit sind, sich durch eine Politik der "Brot und Spiele" befrieden und beruhigen zu lassen und vielmehr die Kritik gegenüber der Regierung wie dem System der Institutionalisierten Revolution breite Kreise zieht.

- 4 Jahre nach dem finanziellen Zusammenbruch Mexikos ist ein Grad der offenen Unzufriedenheit und des Protestes erreicht, der die kommende Zeit 1986 und 87, in der eine der grundsätzlich schwierigsten Phasen für das politische System, nämlich die der Auswahl des Präsidenten-Nachfolgers ansteht, zu einer Art Belastungsprobe für das System machen könnte. politische Legitimität der Regierung heute außerordentlich schwach - Kritik an dieser Regierung wird nicht nur von den unter den Krisen- und den Erdbebenfolgen leidenden mexikanischen Bevölkerung stärker, sondern auch innerhalb der Staatspartei und der Gewerkschaften selbst, d.h. innerhalb der tragenden "Säulen" des mexikanischen Systems. Ob es die Pfiffe bei der WM- Eröffnung sind oder die Proteste und Aufstände mit teilweise bürgerkriegsähnlichem Charakter bei den immer gefälschten Wahlen, ob es die kürzlich bekannt gewordene Gründung einer oppositionellen Gruppe innerhalb der Staatspartei ist oder die Kritik der Gewerkschaften an der verfolgten Wirtschaftspolitik, ob es die Forderungen nach einem Schuldenmoratorium oder andere sind - vieles deutet darauf hin, daß sich auf einer gefährlichen das mexikanische System Gratwanderung befindet, die sich am Rande der über Jahrzehnte mustergültigen politischen Stabilität des Landes entlang bewegt. Das Bild des befriedeten, stabilen, geeinten Landes ist in vieler Hinsicht bedrohlich unstimmig geworden. Die wichtigsten Momente, die aktuell die Regierungspolitik zu einem Tanz auf dem Vulkan machen, sind:
- das Scheitern der bisherigen Wirtschaftspolitik und die anhaltende Wirtschaftskrise;
- die in voller Schärfe weiter existente Verschuldungssituation bei gleichzeitigem Einbruch der Erdölpreise;
- der zunehmende Verlust der Legitimität und ein äußerst negatives Image der Regierung;
- das Zerbröckeln des innenpolitischen Konsens, auch mit der Staatspartei und den Gewerkschaften.

Man kann m.E. davon ausgehen, daß ohne eine Wende innerhalb des jetzigen Regierungskurses die Gefahr

weiterer sozialer und politischer Destabilisierung bis zum Ende der Amtsperiode de la Madrids erheblich schärfer wird und die Auswahl des Nachfolgers des Präsidenten nicht mehr, wie traditionell üblich, konsensbildend sein wird, sondern extrem umstritten.



DAS ERDBEBEN - ENDE JEDEN POLITISCHEN FRIEDENS

Nach den Ereignissen um das Erdbeben in Mexiko und den Reaktionen des Staates spätestens ist der ohnehin instabile politische "Frieden" gründlich zerstört. Das Beben selbst hat der innenpolitischen Krise, die sich seit Beginn der Wirtschaftskrise herauskristallisiert, eine nicht zu unterschätzende Schärfe gegeben. Mit einem Schlage wurde in brutaler Weise all das deutlich, was an korru pten, repressiven und zynischen Strukturen sich in dem über 50 Jahre herrschenden System herausgebildet hatte. Und auch wenn jeder Mexikaner um diese Strukturen weiß und eigentlich nur ihre Offenlegung geschah, so war dies gerade aufgrund der humanen Tragödie der Tropfen, der das Faß des über Jahre angesammelten Unmuts gegenüber diesem System zum Überlaufen brachte. Es rächten sich nicht nur die Jahrzehnte von politischer Korruption, Wahlbetrug und Unterdrückung, sondern auch die Austeritätspolitik der Regierung, die seit 4 Jahren die Lasten der Wirtschaftskrise den unteren und mittleren Bevölkerungsschichten auferlegt und eine rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen für Millionen von Mexikanern zur Folge hat. Das Faß war bereits voll und ein solcher Tropfen, wie der der Erdbebenfolgen, reichte aus.

Korruption auf allen Ebenen des Staatsapparats war großteils dafür verantwortlich, daß Gebäude trotz der gesetzlichen Normen nicht erdbebensicher gebaut worden waren, ein geheimes Folterzentrum wurde im Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft freigelegt, Zusammensturz mehrerer Nähfabriken enthüllte Arbeitsverhältnisse, die allen gesetzlichen Normen widersprachen und an Methoden des Manchester-Kapitalismus erinnern. Gezeigt wurde zudem, daß die staatlichen Inspektoren des Arbeitsministeriums sich ihr Stillschweigen hatten gut bezahlen lassen - die Kette der Skandale ließe sich fortsetzen. Schlimmer vielleicht und folgenschwerer waren die Reaktionen der Regierung, die über lange Strecken versuchte das Ganze zu leugnen, herabzuspielen, Verantwortliche zu schützen und ein Bild darzustellen, als wäre alles nicht so schlimm. Die Regierung selbst hatte sich direkt nach dem Beben als völlig unfähig erwiesen, die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen zu organisieren. Schlimmer noch: sie hatte beispielsweise über Tage hinaus die Unternehmer der Nähfabriken bei der Bergung ihrer Maschinen geschützt, während noch Hunderte verletzter Arbeiterinnen unter den Trümmern lagen.

Als dann endlich das Bergungsgerät für die Frauen eingesetzt wurde, war bereits jede Hoffnung auf Leben illusorisch: fast drei Wochen später. In den ersten Wochen war es weitestgehend die spontane Organisation Mobilisierung der Bevölkerung. auf Hilfsmaßnahmen zurückgingen. Eine für viele überraschende und massenhafte organisierte Solidarität, die sich auch nach den ersten Wochen weiter fortsetzte. Es organisierte sich eine Bewegung der Erdbebenopfer und -geschädigten mit breiter Unterstützung, die die Regierung mit ihren Forderungen nach politischen Konsequenzen für die in Bauskandale verwickelten Politiker ebenso konfrontierte wie mit solchen nach Entschädigungen, Wiederaufbau ihrer Häuser, Beteiligung der Betroffenen an jedweden Wiederaufbauplänen und ähnlichem. Zwar mußte in der Folge, neben der Generalbundesanwältin. auch der Minister für Stadtentwicklung, der einer Hauptverantwortlichen für die Bauskandale, zurücktreten und die Regierung enteignete in den ärme ren Wohnvierteln im Zentrum der Stadt mehrere Tausend Häuser, wie es gefordert wurde. aber die Maßnahmen zum Wiederaufbau konzentrierten sich kaum auf die geschädigte Bevölkerung gerade dieser ärmeren Zonen, sondern auf die infrastrukturell und vor allem auch die touristisch wichtigen Gebiete, um zur WM kein gar zu häßliches Bild der internationalen Öffentlichkeit vorzuführen. Die immer noch existenten Zeltlager von Zehntausenden. die weiterhin auf der Straße leben müssen, sollten nicht sichtbar werden. Der Skandal, daß auch 1 Jahr nach dem Erdbeben für die meisten der Betroffenen nichts oder nur wenig von staatlicher Seite im Wiederaufbau getan wurde, bleibt bestehen und ist ein ständiger Unruheherd und mit der Organisation der Betroffenen kann es für die Regierung keinen Frieden geben.

Auch auf einer anderen Ebene zeigt sich im letzten und diesem Jahr das zunehmende Konfliktpotential in der mexikanischen Gesellschaft, das auf eine fast auswegslose Problematik des herrschenden Systems hindeutet und für diese Regierung im Hinblick auf die Präsidenten-Nachfolge 1988 bedrohlich wird. Die Rede ist von den Wahlen in Mexiko, aus denen seit Jahrzehnten sowohl auf nationaler wie regionaler und lokaler Ebene grundsätzlich die PRI als Sieger hervorgeht. Wenngleich Wahlen in Mexiko nie die Funktion politischer Entscheidungsbildung haben, ja real noch nicht einmal politische Entscheidungen der herrschenden Politik beeinflußen sollen, so haben sie dennoch den

für das PRI- System und die Regierung wesentlichen und bisher unverzichtbaren Charakter, die Legitimität der Regierung zu bestätigen, zu stützen und den immer präsenten Anspruch eines quasi-demokratische Images sichern. Sie sollen außerdem der Mobilisierung der "Basis" für das Regime dienen und das Machtmonopol der PRI auch noch in den entlegendsten Provinzen auch formell sichern. In den letzten Jahren jedoch haben sich die Wahlen von der Funktion der Legitimätssicherung in ihr absolutes Gegenteil verkehrt: sie selber werden immer stärker zum Vehikel der Äußerung von Unzufriedenheit und sogar Widerstand gegen das System, sie werden ebenso zum Ventil, durch das sich sozialer und politischer Druck entlädt. Seit längerem schon ist ein ernsthaftes Problem für den mexikanischen Staat das der zunehmenden Wahlenthaltung, des abstencionismo. Oft wurde der abstencionismo als der wirkliche Ausdruck der Haltung der Mexikaner ihrem Regierungssystem gegenüber bezeichnet. Wahlenthaltungen von 60% bis über 85% der wahlberechtigten Bevölkerung sind seit Jahren ein akutes Problem. Etliche Versuche wurden unternommen, die in ihrem Ansehen und ihrer Bedeutung wirklich abgewirtschafteten Wahlen zu dynamisieren. wie z. B. die Politische Reform von 1978, die Oppositionsparteien eine stärkere, allerdings nur formelle Beteiligung zugestand - ohne große Erfolge. Ebensowenig ist es eine Neuheit, daß, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene, die "überwältigenden" Wahlerfolge der PR1 nur durch massiven und wohl ausgefeilten Wahlbetrug erzielt werden können - ein Phänomen, das die Mexikaner mit ihrem distanzierten Humor als "alquimia electoral". Alchemie der Wahlen bezeichnen. Neu hingegen ist, daß dieser Wahlbetrug öffentlich gemacht wird und ein ständiger und vehementer Anlaß zu Protesten ist - seit dem Erdbeben hat sich das in ständig steigendem Maße verschärft. Es gibt keine Wahlen mehr in Mexiko, von denen heute angenommen werden könnte, daß sie unbeobachtet verlaufen. Jede Wahl bedeutet, Gefahr zu laufen, daß es aufgrund des Betruges zu Unruhen. Protesten und Auftsänden der Bevölkerung kommt. Dieser Prozeß geht soweit, daß inzwischen die Wahlen vor allem in den nördlichen Bundesstaaten, in denen die konservative PAN-Partei immer stärkeren Einfluß verfügt und Unzufriedenheit insbesondere der Mittelklassen mit dem System nutzen kann, nicht nur nationale sondern internationale Beachtung finden.

Exemplarisch für viele andere Wahlen der letzten beiden Jahre seien die vom Juli diesen Jahres in Chihuahua

für den Gouverneur und die Abgeordnetenkammer genannt, einem der konfliktivsten Bundesstaaten auf dieser Ebene. Der öffentliche Druck in Mexiko selbst im Vorlauf dieser Wahlen in der Presse, von Intelektuellen und auch die Mobilisierung sowohl der PAN wie der Linkskoalition PSUM war so stark, daß bis hin zu winzigen Details die verschiednene Formen Wahlbetrugs aufgedeckt wurden. Es gab überall "Wachen" an den Urnen, die von den PRI-Militanten und den Militärs zwar behindert wurden, aber dennoch genügend Fälschungen aufdecken konnten. Es gab nach dem verkündeten "Sieg" des PRI- Kandidaten Fernando Baeza Aktionen der Bevölkerung gegen das Ergebnis, die von zivilem Ungehorsam bis hin zu militantem Protest (Straßenblockaden, Brandstiftungen etc.) gingen und eine "Solidarisierung" zwischen rechter PAN und linker PSUM für die Annulierung des Wahlergebnisses. Als vor kurzem, am 7. 10. Baeza sein Amt formell antrat. waren zwar 5.000 Personen bei der Amtsübergabe, zu der der Präsident zugegen war, anwesend, aber mehr als 30.000 Personen organisierten eine Demonstration gegen die Amtsübernahme. Baeza wird als Gouverneur damit zu rechnen haben, daß sich die Bevölkerung Chihuahuas in unbequemer Weise an den politischen Geschicken seiner Amtszeit beteiligt.

Die Regierung und die PRI bemühen sich derzeit auf allen Ebenen, das Image von Sauberkeit bei den Wahlen zu verkaufen - gerade im Zusammenhang der konfliktiven Wahlen vom Juli 1986 in Chihuahua zeigt sich das exemplarisch. Und es zeigt sich auch, daß die Gefahr, die von den Wahlen als Konfliktherd und Destabilisierungspotential ausgeht, der Regierung und PRI bewußt sind. Nur gibt es außer wirklicher Demokratisierung keine Alternative und das scheut nicht nur der Präsident. Vor den Wahlen in Chihuahua nämlich wurde- das ist auch eine der Neuheiten- eine Art Public Relations-Kampagne zugunsten des PRI-Kandidaten für Gouverneursposten, Fernando Baeza und für die von ihm und der PRI gewünschte "Sauberkeit" der Wahlen in den USA unternommen. Die PR-Agentur Hannaford, die die mexikanische Regierung in den USA vertritt, bereitete aufwendig eine Good-Will-Reise von Romero Flores in die USA vor, die vor allem auf die USamerikanischen Medien ausgerichtet war. Romero Flores immerhin Vorsitzender ist der Außenpolitischen Komission des Abgeordnetenhauses und wichtiges Mitglied der PRI. Bei seiner Reise in die USA machte Flores durch seine Äußerungen auch ohne es zu wollen deutlich, wie stark die Furcht vor einem Zwei-Parteien-System

ist und das Wahlergebnis und der massive Betrug zeigten im nachhinein, daß dies nicht nur auf nationaler, sondern auf auf regionaler Ebene gilt. Flores sagte vor amerikanischen Journalisten über die Wahlen in Chihuahua: "Sie sind nur Wahlen in einem Bundesstaat und wer glaubt, dies wäre der Beginn eines Zwei-Parteien-Systems in Mexiko, der sollte erinnern, daß in Mexiko allein die PRI eine nationale Partei ist. Die anderen Parteien sind höchstens regionale Parteien. Man kann aber keine nationale Wahl gewinnen ohne eine nationale Partei zu haben". Sicher ist völlig richtig, daß immer noch nur die PRI die nationale Partei in Mexiko ist und die Wahlen auf nationaler Ebene für Abgeordnetenhaus und vor allem für den Präsidenten gewinnt und wohl auch 1988 gewinnen wird, aber sie steht unter Druck und auch unter Konkurrenzdruck. Aber wenn sie gewinnt, dann nur mit immer höheren Wahlenthaltungen und / oder Protesten gegen die Art und Weise, wie die überhöhten Mehrheiten des PRI-Sieges gezimmert werden.

Aus dem Dilemma, entweder wirklich saubere Wahlen durchzuführen und damit zumindest im Norden den Verlust einiger Bundesstaaten zu riskieren und das faktische



Gruppen aufgeteilt ... Mal sehen, Jaimito







Zur privilegierten Gruppe, Seĥorita!

Ein-Parteien-System zu öffnen, oder weiterhin auf Wahlbetrug zurückzugreiden und damit selbst den Konfliktherd permanent neu zu schüren, kommt diese Regierung und das politische System nicht heraus. Entweder muß auf die legitimatorische Funktion der Wahlen eben verzichtet werden oder -zumindest auf regionaler Ebenedas System muß sich öffnen und damit eine grundlegende Veränderung durchführen, nämlich den Anspruch des alleinigen Machtmonopols der PRI aufgeben. Ein weiteres Dilemma kommt hinzu, nämlich daß die PRI als Parteiwenn sie legitimationsfähig bleiben will und als integratives Element weiter funktionieren will, einen internen Demokratisierungsprozeß durchmachen müßte.

Die wachsende Distanz zwischen der "Basis" des Systems und der Partei, die in den Wahlkonflikten auch zum Ausdruck kommt, ist nicht zuletzt der extrem hierarchischen Struktur der PRI geschuldet. Insbesondere der Tatsache, daß die PRI- Kandidaten für die qua Wahlen zu besetzenden Ämter oft von oben durch die Parteispitze oder durch den Präsidenten bzw. andere Führungspersonen des Regierungssystems benannt und durchgedrückt werden. Sie haben meist keinerlei Bezug mehr zur regionalen oder lokalen Basis und auch die Versammlungen der PRI vor der jeweiligen Nominierung Wahlkandidaten haben überwiegend akklamatorischen Charakter für Kandidaten, die von anderer Seite bestimmt wurden. Über die Notwendigkeit der internen Demokratisierung der PRI, im Zusammenhang der generell deutlichen Anforderung zu stärkerer Demokratisierung und "Modernisierung" des politischen Prozeßes und der gesellschaftlichen Strukturen in Mexiko, gibt es derzeit eine neue und ebenfalls brisante Polemik. In der PRI hat sich eine sogenannte "demokratische Strömung" neu formiert, die kürzlich mit einem Dokument über die kritischen Punkte der Entwicklung in politischer wie sozioökonomischer Hinsicht an die Öffentlichkeit trat. Das Dokument unterschrieben einige bekannte kritische PRI-Mitglieder, wie der Ex-Gouverneur von Michoacan Cuauthemoc Cárdenas, der Ex-Planungsminister Carlos Tello, der Ex-Erziehungsminister Porfirio Muñoz Ledo und andere. Unabhängig davon, welche Breitenwirkung man dieser Gruppe zusprechen mag, ist es ein ernsthaftes öffentliches Zeichen -und in Mexiko ist die öffentliche Austragung interner Konflikte der herrschenden Partei und Regierung jahrzehntelang eine faktische Unmöglichkeit gewesen- daß sowohl innerhalb der PRI der Konsens bröckelt als auch zwischen Regierung und PRI. Die Kritik, die in dem Dokument

geäußert wird, geht sowohl gegen fehlende interne Demokratie in der PRI wie gegen die Politik der Regierung in Bezug auch auf die Wirtschaftspolitik.

Damit ist eine der weiteren ganz zentralen Schwachstellen angesprochen: der zunehmend aufbrechende Konsens und die Konflikte zwischen Regierung auf der einen und der Staatspartei sowie dem Gewerkschaftsdachverband CTM auf der anderen Seite. Hier deutet sich eine grundlegende Destabilisierungsquelle an, sind doch Staatspartei und Gewerkschaften die tragenden Säulen des mexikanischen Herrschaftssystems und jeder Regierungspolitik. Die zunehmende "Entfremdung" zwischen Regierung und den Massenorganisationen, die die PRI und die Gewerkschaften darstellen, ist zum einen darauf gegründet, daß die "Mannschaft" von Miguel de la Madrid bis auf eine einzige Ausnahme nicht mehr aus der Parteikarriere kommen und auch kaum einen Bezug zu ihr haben, sich nicht mehr als die traditionellen "Politiker" begreifen, sondern als "Technokraten" oder "Professionelle", die ihre Karriere über US-amerikanische Eliteuniversitäten machen. Zum anderen aber durchaus damit im Zusammenhang- liegt der daran, daß die konservative Konflikt zunehmende Wirtschafts- und Krisenpolitik der Regierung bisher ausnahmslos zu Lasten der Mittelschichten und der Arbeiter ging und langsam ein Punkt erreicht ist, wo beispielsweise die Gewerkschaftsführer Loyalität der von ihr repräsentierten Massen fürchten müssen, so wie die PRI es dazu noch Mittelklassen tun muß. Die Regierung selbst hat bisher keinerlei Anzeichen dafür erkennen lassen, daß sie auch nur gewillt ist, den Druck, dem CTM und PRI dadurch ausgesetzt sind, zu mildern. Es wird aber immer klarer, daß auch PRI und CTM sich, wenn die der Lebensbedingungen und Verschlechterung Reallohnverfall, die zunehmende Arbeitslosigkeit und allem voran die Inflation weiter anhalten, ebenfalls auf einer Gratwanderung am Rande der Möglichkeit, den sozialen Druck unterhalb der Explosions-Schwelle zu halten, mehr und mehr bewegen. Es ist zumindest nicht mehr ausgeschlossen, daß bei der im nächsten "Enthüllung" des neuen anstehenden Jahr Präsidentschaftskandidaten durch de la Madrid die Gewerkschaften versuchen werden, ihr Veto gegen einen Präsidenten einzulegen, der nicht eindeutig eine Veränderung in ihrem Sinne verbürgt. Damit würde der innere Konflikt in einer Art aufbrechen, über deren Auswirkungen sich nur spekulieren läßt.

DER TANZ AUF DEM VULKAN - DIE VERSCHULDUNGSKRISE

Als im Juni des Jahres der mexikanische Finanzminister Jesus Silva Herzog zurücktrat, lagen Spekulationen auf der Hand, daß es sich um ein Indiz handeln könnte, daß die Finanz- und Schuldenpolitik der Regierung einer Änderung unterzogen würde. Silva Herzog, der als ausgesprochen konservativer Ökonom und den wirtschaftspolitischen Konzepten des Internationalen Währunsgfonds zugeneigt gilt, war sowohl für die Umschuldungsverhandlungen mit IWF und Privatbanken verantwortlich als auch einer Träger der der Austeritätspolitik der Regierung. Vermutet wurde zunächst, daß bei den Schuldenverhandlungen Mexiko



eine weniger zuvorkommende und etwas "agressivere" Position gegenüber IWF und Banken einnehmen würde. Ebenso auch, daß sich das interne Profil der Wirtschaftspolitik zumindest in Ansätzen verändern könnte.

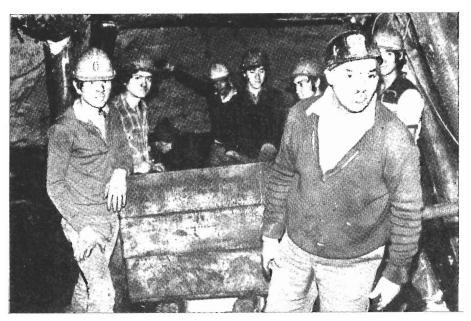
Gründe für beide Veränderungslinien der mexikanischen Politik gab und gibt es sicher genug. Auch nach Jahren orthodoxer und an den IWF- Konzepten der ökonomischen Sanierung und Stabilisierung ausgelegten Wirtschaftspolitik, steht Mexiko im Jahr 1986 einem zweiten Einbruch der Rezession gegenüber. Das Bruttonationalprodukt wird 1986 gegenüber dem Vorjahr um 5% fallen, d.h.

bei ca. -1% liegen oder auch etwas tiefer. Das kommt einem ähnlichen Einbruch nahe, wie Mexiko ihn 1981/82 mit dem finanziellen Zusammmenbruch erlebte. Das Haushaltsdefizit wird, nach bisherigen Schätzungen, 15% des Bruttosozialprodukts betragen - und damit immer noch sehr hoch sein, wenngleich es eine strikte Sparund eine restriktive staatliche Ausgabenpolitik gab. Ein Problem ist mit den orthodoxen Mitteln der Stabilisierungspolitik überhaupt nicht in den Griff zu bekommen in Mexiko: die Inflation. 1986 wird die Inflation um die 110% liegen – exakt dort, wo sie sich zum Beginn der Krise 1982 befand. Um eine Vorstellung zu bekommen, was die letzten Jahre Sparpolitik bei gleichzeitigem Dämpfen der Lohnerhöhungen - die im Rahmen des Anti-Inflations-Kampfes als notwendiges Übel für die Regierung galten- für die Lebensbedingungen breiter Teile der mexikanischen Bevölkerung heißen, reicht ein Verweis: der Rea llohn hat sich nur in den letzten 4 Jahren für die 23 Millionen Beschäftigten halbiert; er beträgt heute nur noch 50% des Reallohns von 1981- das ist das Resultat von ständig geringeren Lohnerhöhungen im Vergleich zur steigenden Inflation. Die Mehrheit auch der armen Massen leidet außerdem unter der Streichung der Subventionen für die wichtigsten Grundnahrungsmittel, die in letzter Konsequenz Mitte 1986 durchgesetzt wurden, nämlich auf Tortillas, Bohnen und Milch. Der Tortilla-Preis ging in kürzester Zeit von 45 auf 110 Pesos hoch.

Das Problem hinter der Austeritätspolitik und für den so scharfen rezessiven Einbruch in diesem jahr ist der für Mexiko schroffe Abfall der Erdölpreise, der schon 1985 begann und im Februar 1986 einen zweiten Sturz durchmachte. Die Einnahmeverluste durch geringere Exporteinnahmen (das Erdöl stellt immernoch mehr als 2/3 der gesamten mexikanischen Exporte dar!) wurden bereits im Mai auf mindestens 10 Milliarden US- Dollar geschätzt- und ohne daß eine Devisenalternative im eigenen Export oder via Tourismus etwa dieses enorme Loch stopfen könnte. Mexiko mußte daraufhin eine neue Umschuldungsrunde mit dem IWF und den Privatbanken einleiten, die über Monate dauerte, vom Februar 1986 bis Ende September 1986.

Als jetzt das mit Spannung erwartete Ergebnis der Verhandlungen, die unter dem neuen und einen forscheren Ton einschlagendem Minister Gustavo Petricioli seit Juni weitergeführt worden waren, vorgestellt wurde, zeigte sich, daß es keine wesentliche Veränderung bei der internationalen Schuldenpolitik gegeben hatte

und die Linie der mexikanischen Regierung weiterhin die ist, die Zinszahlungen auf die Auslandsschuld zu leisten und das mit neuen Krediten zu finanzieren. Zwar wurde eine Verringerung der Zinsrate sowohl auf die alte, d.h. bis 1982 aufgenommenen Schulden erreicht und die Banken kamen Mexiko auch bezüglich der Zinsrate bei den neuen Krediten entgegen, aber die dadurch erreichten Einsparungen sind ein Tropfen auf den heißen Stein, ca. 300 Millionen US-Dollar pro Jahr. Mexiko wird weiterhin - daran hat sich eben nichts geändertzum Nettokapitalexporteur durch die Zinszahlungen und selbst wenn mit den Vereinbarungen etwas Luft dadurch gewonnen wurde, daß das Land für die nächsten 18 Monate bis zu 12 Milliarden US- Dollar Kredite seitens IWF und privater Banken erhalten kann, ist jetzt schon abzusehen, daß 1988 die nächste Umschuldungsrunde beginnen wird. Die Regierung von de la Madrid hat auch in dem neuen Letter of Intent, der die Grundlagen der Wirtschaftspolitik bis 1988 definiert, keine substanziellen Veränderungen vorgenommen: die sozialen Auswirkungen der Stabilisierungspolitik werden nicht gemildert werden. Was erreicht wurde, ist, daß durch die neuen Kredite die schlimmsten Folgen des Einbruchs der Erdölpreise vor allem für 1987 gemildert werden können - und die Regierung bis zum Ende ihrer Amtszeit etwas "Luft" bekommt. Spätestens 1988 aber geht der Tanz auf dem Vulkan weiter.



NICARAGUA

Die Reform der Agrarreform: die Neue Ökonomische Politik Nicaraguas?

Anfang 1986 wurde das 1981 auf Druck der Landarbeiter und Bauern erlassene Gesetz zur Agrarreform 'reformiert'. Nach dem alten Gesetz hatte es keine Obergrenze für landwirtschaftliches Eigentum gegeben, lediglich "verlassenes" und "nicht" bzw. "unterbewirtschaftetes Land" konnte ab einer bestimmten Obergrenze (350 ha am Pazifik, 750 ha im Landesinneren) enteignet werden. Diese Agrarreform war also äußerst gemäßigt. Die Eigentumsfrage war garnicht aufgeworfen worden. Es wurde nur eine Bedingung gestellt, nämlich zu produzieren und dies möglichst effizient, in welcher Rechts- oder Eigentumsform auch immer.

Über die Gründe für diese 'konservative Agrarreform' ist viel nachgedacht und spekuliert worden; einer der Hauptgründe dürfte im politisch und ökonomisch notwendigen Bündnis mit der Agrarbourgeoisie gelegen haben, bzw. dem Wunsch, sich diesen Teil des Klassenbündnisses nicht zu verprellen. Ein anderer Grund soll in der wenig entwickelten 'Nachfrage' nach Land gelegen haben, die Folge des relativ breit gestreuten Klein- und Mittelbesitzes in Nicaragua gewesen sei.

Dies muß sich jetzt geändert haben, wenn man der Begründung für das neue Gesetz folgt. Es gibt sie jetzt nämlich, diese 'Nachfrage' nach Land, und zwar deutlich vorgetragen und sehr verbreitet. Diesem Sachverhalt soll der Umschwung in der Agrarpolitik Rechnung tragen, der in der Tat radikal ist. Mit dem neuen Gesetz kann nun nämlich alles Land enteignet werden. Landwirtschaftlicher Besitz, wie groß, klein, effizient oder ineffizient auch immer, ist theoretisch vor dem enteignenden Zugriff des Staates nicht mehr sicher, womit sich die bösesten Vorahnungen der vor allem in 'La Prensa' zu Wort kommenden Sektoren der nicaraguanischen Landoligarchie bestätigt zu haben scheinen. 'Ende des Privateigentums' war dann auch ihre Schlagzeile zu dem Reformwerk.

Wie ist dieser plötzliche Umschwung in der Agrarpolitik zu erklären? Haben sich die Bauern vermehrt, ist das Land knapp geworden oder hat sich die Politik verändert? Folgt man der offiziellen Begründung des Landwirtschaftsministers Jaime Wheelock, sind die durch das Gesetz von 1981 vorhandenen Resourcen an Land erschöpft. Seiner Schätzung nach gibt es noch ca. 80'000 Bauernfamilien, die schnell und dringend Land brauchen. Dabei handelt es sich in erster Linie um die

große Gruppe der durch den Krieg umgesiedelten Bauern, die neues Land zur Bewirtschaftung benötigen, aber auch um diejenigen, die zwar nicht umgesiedelt wurden, durch den Krieg aber in eine derart marginale Situation gedrängt worden sind, daß an Produktion nicht mehr zu denken ist, die also anderswo neues Land erhalten müssen.

So weit, so gut, nur fällt bei dieser streng sachlichen Begründung auf, daß die 'Nachfrage' nach Land gerade dort am größten ist, wo es diese vom Kommandanten genannten Fälle garnicht gibt, nämlich in der Gegend von Managua und Masaya. Hier vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Landlose oder arme Kleinstbauern mit Parolen wie "wir wollen Land, um zu produzieren, und wir wollen produzieren, um zu kämpfen" auf die Straße gehen, wobei sowohl die Wahl der Parolen als auch die Anwesenheit der Adressaten in Gestalt von Regierungsvertretern darauf hindeuten, daß diese Manifestationen des Volkswillens nicht gänzlich spontan und ganz ohne Absegnung von oben verlaufen. In der Regel werden diese Demonstrationen von der UNAG unterstützt bzw. organisiert, dem der FSLN nahestehenden Bauernverband. Regierungsvertreter finden sich stets ein, um die Forderungen nach Land entgegenzunehmen, deren Berechtigung zu unterstreichen und schnelle Abhilfe zu versprechen.

Es gibt ihn also, den offiziell so benannten 'Landdruck', aber in Gestalt der gänzlich Landlosen und armen Kleinstbauern, die bisher von der Agrarreform nicht bedacht wurden. gibt es ihn schon lange. Geändert hat sich nicht der Sachverhalt, sondern der Wille der Revolution bzw. der Revolutionäre. Was aber treibt die Sandinisten dazu, sich neben dem Krieg, der immer bedrohlicher werden Wirtschafts- und Versorgungslage und der akuter werdenden Interventionsgefahr einen weiteren Feind in Gestalt der großen Landbesitzer zu schaffen und sich mit einem Heer von Klein- und Mittelbauern zu beschweren? Nur scheinbar widersinnigerweise genau diese Faktoren. Die Wirtschafts- und Versorgungslage ist inzwischen derart katastrophal, daß bei Fortdauer des Krieges - und davon geht man aus - wenig Möglichkeiten bestehen, die Bevölkerung auch nur halbwegs mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Das Gesetz ist also weit entfernt von einer radikalen Umwälzung der Landwirtschaft etwa im Sinne einer weitreichenden Verstaatlichung eher ein Mittel der Kriegsökonomie, die Neue Ökonomische Politik Nicaraguas sozusagen.

Der Krieg, der mittlerweile ins 5. Jahr geht, hat nämlich dazu geführt, daß 50 - 60 % des Staatshaushalts in den Verteidigungssektor gehen. Hinzu kommt, daß die Exporteinnahmen stetig gesunken sind und in diesem Jahr nur noch ca. 250 Millionen Dollar betragen werden (gegenüber 900 Millionen Dollar an Importen), was der gesunkenen Exportproduktion

und der Verschlechterung der 'terms of trade' zu verdanken ist. Angesichts dieser fatalen wirtschaftlichen Situation und einer nicht gerade glücklichen Investitionspolitik der Revolutionsregierung, die in den letzten Jahren vor allem wirtschaftliche Großprojekte gefördert hat, die viel kosten, aber wenig bringen, ist die Produktion für den nationalen Konsum teils vernachlässigt worden, teils drastisch zurückgegangen, sodaß die Bevölkerung zunehmend über Schenkungen und Importe versorgt werden muß. Auch wenn nicht daran gedacht ist, die Subsistenzwirtschaft zur neuen Basis der nicaraguanischen Landwirtschaft zu machen, wie Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock unverzüglich klarstellte, erwartet man sich von der Verteilung von Land an die kleinen Bauern eine rasche und unmittelbare Steigerung der Produktion, die u.a. auch die Selbstversorgung der betroffenen Bauern zum Ziel hat, dies vor allem bei Mais und Bohnen, der 'Nationalspeise' Nicaraquas, die heute kaum noch zu kriegen ist. Auch der APP-Be-



reich (Staatseigentum) wird zu diesem Zweck Land abtreten müssen. Sofern er nicht rentabel arbeitet, und das tut er häufiger nicht, muß er genauso wie nicht funktionierende Kooperativen Land an Individualbauern abgeben. Da der Zweck der Reform – zumindest im Moment – darin besteht, die Selbstversorgung und Produktion für den nationalen Konsum anzuregen, ist die Versicherung des Kommandanten glaubwürdig, effizient arbeitende private Großbetriebe nicht anzutasten.

Anders sieht es allerdings mit den Teilen der Agrarbourgeoisie aus, die relativ unverhüllt mit der Contra sympathisieren und schon lange das Lager der 'Patriotischen Produzenten' verlassen haben. Ihnen kann bei Bedarf mit dem neuen Gesetz der Garaus gemacht werden. Den Großen endlich an den Kragen zu gehen, liegt auch der UNAG am Herzen. Relativ unverhüllt fordern sie, den kleinen und mittleren Besitz zu schonen, um dafür um so mehr den Großen auf den Pelz zu rücken. Dies nicht unbedingt aus revolutionsstrategischen Gründen, sondern eher aus solchen der Besitzstandsicherung. Auf alle Fälle findet die Reform, soweit sie sich auf die Großen bezieht, die für die FSLN nicht unwichtige Unterstützung der UNAG.

Nachdem die Revolution sich in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens mit der Einrichtung des Staatlichen Bereiches (APP) beschäftigt hat, um anschließend die Kooperativen verstärkt zu fördern, ist sie seit dem letzten Jahr und verstärkt mit dem neuen Gesetz vom Januar 1986 zur beschleunigten Landvergabe an Individualbauern übergegangen. Wenn diese in Kooperativen arbeiten, ist es der Revolution recht. Diese zu fördern oder gar zur Bedingung der Landverteilung zu machen, hat sie angesichts der Kriegswirtschaft weder die Mittel noch die Zeit. Das einzige, was sie im Moment der schwer gebeutelten Bevölkerung anzubieten hat, ist Land und damit verbunden die Aussicht bzw. Hoffnung, Grundnahrungsmittel demnächst wieder zur Verfügung zu haben.

Ganz im Unterschied zu den finsteren Befürchtungen der nicaraguanischen Landbourgeoisie und den radikalen Forderungen der ML-Parteien im Lande nach einer generellen Kollektivierung der Landwirtschaft wird es nach dieser 'radikalen Reform' nicht weniger, sondern mehr klein- und mittelbäuerlichen Besitz in Nicaragua geben.

Und was passiert mit den Müttern von Sandino?

ZUR PROBLEMATIK BEZAHLTER HAUSARBEIT IN NICARAGUA

"Tausende von Hausangestellten haben sich in Gewerkschaften organisiert und kämpfen um ihre Rechte" - mit dieser Meldung kündigte 1980 die nicaraguanische Frauenorganisation AMNLAE das gestiegene Selbstbewußtsein und die Politisierung einer bis dahin völlig vernachlässigten sozialen Gruppe an.

Dabei sind Hausangestellte eine in ganz Lateinamerika weitverbreitete Realität - nach Schätzungen fallen 25-40 % aller bezahlten Weiblichen Arbeitskräfte in diesen Bereich. Die Arbeitsbedingungen der Hausangestellten Nicaraguas unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen anderer Länder. Die meisten arbeiten als 'interna', d.h. sie wohnen an ihrem Arbeitsplatz und sind damit der ständigen Verfügbarkeit durch ihre Dienstherrschaft (patronos) ausgesetzt. Ihr Arbeitstag beginnt oft schon morgens früh um fünf, mit der arbeitsaufwendigen Zubereitung von Tortillas, Reis und Bohnen, setzt sich fort mit Putzen, Waschen, Bügeln, Spülen, Kochen, Einkaufen, Kinderbetreuung usw. und endet oft erst gegen Mitternacht. Und dabei ist Hausarbeit in Nicaraqua im Vergleich zu unseren "vollelektrisierten Küchen" um einiges mühsamer: Wäsche muß prinzipiell mit der Hand gewaschen werden, Kochen auf Holz oder Gasfeuer ist zeit- und arbeitsintensiv, die Klimaverhältnisse erfordern ständiges Staubwischen und Fegen. ... Diese Lage hat sich noch verschärft durch die ökonomische Krisensituation. Schlangestehen, Versorgungsengpässe und Mangelsituationen, die Improvisationskünste verlangen, sind mittlerweile eher die Regel als die Ausnahme geworden.

Viele Hausangestellte kommen vom Land, oft schon im Alter von acht oder neuen Jahren, und werden als eine Art "Patenkinder" in die Familie aufgenommen - was das bestehende Ausbeutungsverhältnis nur ideologisch verbrämt. Denn Hausangestellte stehen auf der Stufenleiter gesellschaftlichen Ansehens ganz weit unten. Zur extremen physischen Belastung und gesellschaftlichen Nicht-Anerkennung ihrer Arbeit kommt aber noch in vielen Fällen eine enorme psychische Belastung durch die Arbeitsbedingungen und die dadurch entstehende Isolation. Außerdem unterliegen Hausangestellte häufig sexueller Erpressung oder Nötigung durch die Herren bzw. Söhne des Hauses.

Hausangestellte finden sich nicht nur in Oberschichtshaushalten, sondern noch bis weit bis in die untere Mittelschicht, sind sie doch nicht nur ein Statussymbol, sondern in vielen Fällen auch die einzige Möglichkeit, den "Hausherrinnen" eine außerhäusliche Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Doch durch den Sieg der Revolution hat sich im Alltag der Hausangestellten kaum etwas geändert, immerhin hat aber die sandinistische Regierung einige Gesetze erlassen, die die juristische Situation verbessern. Der Arbeitstag wurde auf 10 Stunden festgesetzt, 6-monatige Lohnfortzahlung bei ungerechter Entlassung, der Anspruch auf einen arbeitsfreien Sonntag und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation wurden garantiert. Das Problem ist allerdings, diese minimalen gesetzlichen Grundlagen auch im Arbeitsalltag durchzusetzen, zumal sich jede Hausangestellte diese Ansprüche allein vor ihren jeweiligen patronos erkämpfen muß.

"Im ersten Moment (kurz nach dem Triumph) haben wir die totale Abschaffung dieser Arbeit geplant. Aber das ist ein Ziel, das wir nur langfristig erreichen können. Die Realität ist, daß wir den Hausangestellten keine andere Beschäftigung anbieten können, und ihre fehlende Ausbildung würde bedeuten, daß wir sie damit direkt in die Unterbeschäftigung oder in die Prostitution schikken", sagte 1981 Milu Vargas, juristische Beraterin im Staatsrat. Von diesem Ziel sind die Hausangestellten Nicaraquas auch im Jahr 1986 noch weit entfernt. Die geplante 'Integration der Frauen in die Produktion' - sei es in Agrarkooperativen auf dem Land oder feste Berufe in der Stadt, vollzieht sich nicht so schnell. Frauen haben zwar heute allgemein durch die Alphabetisierungskampagne, die Erwachsenenbildungskurse und die vor allem in den ersten Revolutionsjahren forcierte Einrichtung von Schulen einen größeren Zugang zu Ausbildungs- und damit auch Berufsmöglichkeiten. Viele dieser Maßnahmen gingen aber auch an den Hausangestellten vorbei. "Einigen unserer Companeras haben die patronos verboten, zu den Erwachsenenbildungskursen oder zu den Sitzugen der Massenorganisationen zu gehen. Just um diese Zeit mußten sie das Abendessen servieren oder auf Haus und Kinder aufpassen, wenn die patronos ausgingen."

Trotzdem ist bei vielen Hausangestellten ein gestiegenes Selbstbewußtsein und der Wille, sich nicht mehr alles gefallen zu lassen, festzustellen.

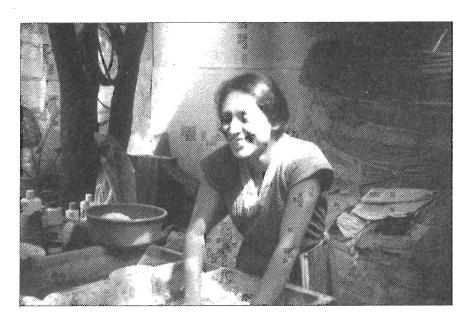
"Früher haben die Hausherren uns wie Sklaven behandelt. Wir mußten alles im Haus machen, und dazu auch noch als Wächter oder Gärtner arbeiten. Heute weiß ich, daß wir zwar verschiedene Kulturen haben, aber als Menschen sind wir gleich", sagte mir die Hausangestellte Anita in einem Gespräch.

Heute arbeiten auch mehr Hausangestellte als 'externa', d.h. sie arbeiten nur tage- oder stundenweise in fremden Haushalten, und führen ansonsten ihren eigenen Haushalt (wo sie die gleiche Hausarbeit unbezahlt verrichten). Aber damit sind sie besser vor der Willkür ihrer patronos geschützt (und gegebenenfalls der ihrer Väter oder Männer augeliefert).

Allerdings haben sich in letzter Zeit durch die v.a. kriegsbedingte ökonomische Krise die Realeinkommen gerade auch der ärme-

ren Schichten erheblich verringert, was viele Frauen dazu zwingt, z.B. durch Wäschewaschen oder als Köchin und Putzfrau in einem anderen Haushalt Geld zu verdienen. Durch die permanente Verteidigungssituation werden zwar viele Männer für den Kriegsdienst abgezogen, deren Arbeitsplätze z.T. auch Frauen einnehmen. Die meisten Frauen arbeiten aber noch immer im informellen Sektor, d.h. als Marktfrau oder Straßenhändlerin, als Hausangestellte oder auch als Prostituierte. Insgesamt wird von staatlicher Seite weder stark daran gearbeitet, daß Frauen im Beruf spezielle Männerdomänen besetzen, noch wird das Problem Hausarbeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene angegangen und andere Lösungen diskutiert.

In der ersten Euphorie des Sieges hatten sich 1980 auf Initiative von AMNLAE hin in allen größeren Städten Hausangestelltengewerkschaften gegründet, die für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Sozialversicherung eintraten. Diese Hausangestelltengewerkschaften vermeldeten anfänglich einen hohen Organisationsgrad, und boten Fortbildungs- und Rechtsberatungskurse für ihre Mitglieder an. Heute existiert bis auf eine kleine Gruppe in Estelí keine dieser Gewerkschaften mehr. AMNLAE widmet sich jetzt in erster Linie der Betreuung von Müttern, deren Söhne ihren Wehrdienst ableisten oer gefallen sind. Und die sandinistische Dachgewerkschaft CST, der die Hausangestelltengewerkschaften später unterstellt wurden, scheint sich kaum für die Belange der Hausarbeiterinnen zu interessieren. Denn nicht nur in Nicaragua gilt für viele Männer (und leider auch Frauen) heute noch:



Hausarbeit ist keine Arbeit. Diese Tendenz zeigte sich auch, als zu aller Überraschung das Arbeitsministerium Ende Januar 1986 einen neuen Einheitslohn für Hausangestellte festsetzte: 2.850 Cordobas, was nicht einmal die Hälfte des staatlich feutgelegten Lohns der niedrigsten Lohnskala, der für einfache Landarbeiter gilt, entspricht. Begründet wurde dieser lächerlich niedrige Betrag, der, wie ein Journalist des 'Nuevo Diario' bemerkte, nicht einmal für den Kauf eines Paars Schuhe ausreicht, (das vom staatlichen Statistikamt errechnete Existenzminimum liegt bei 15.000 Cordobas) damit, daß "Hausarbeit nicht produktiv ist, und daß man die Frauen nicht mit hohen Löhnen an ihrer traditionellen Rolle festhalten will."

- Ein Schlag ins Gesicht für die Hausarbeiterimen Nicaraguas, die sich nicht nur durchschnittlich 13-16 STunden täglich abrackern, sondern mit ihrer Arbeit überhaupt erst die Basis schaffen für die Reproduktion der außerhäuslichen Arbeitskraft und die gesellschaftliche Arbeitsteilung überhaupt. Und zudem eine Maßnahme, die, wie mir Alicia Torres vom Frauendokumentationszentrum in Managua erklärt, auch völlig an der realen Situation vorbeigeht, denn Löhne zwischen 7.000 und 10.000 Cordobas sind inzwischen in Managua für Hausangestellte die Regel.



Eine Maßnahme also, die wir wegen ihrer offensichtlichen Wirkungslosigkeit gleich wieder vergessen können? Nein. Denn sie hilft nicht nur, die Löhne der Hausangestellten auch real zu drücken - mit Verweis aufs Arbeitsministerium -, sie ist auch ein Zeichen für die gesellschaftliche Abwertung und Nichtbeachtung von Hausarbeit überhaupt.

Und dies betrifft nicht nur die Hausangestellten, sondern alle Frauen Nicaraguas. Aber nicht nur dort wird Hausarbeit immer noch allein den Frauen – als quasi natürliches Anhängel ihres Geschlechts – zugeschrieben.

Protest gegen diese Maßnahme regte sich zwar von Seiten der Hausangestellten - wohl auch aufgrund ihrer fehlenden Organisation - nicht. Es entzündete sich aber darüber eine kleine Debatte in der Zeitung 'El Nuevo Diario'.

Das Frauenrechtshilfebüro in Managua nimmt Stellung zur gesellschaftlichen Bedeutung der Hausarbeit als Reproduktionsquelle der Arbeitskraft und stellt fest, daß die Arbeit der Hausangestellten auch deshalb gesellschaftlich nützlich sei, weil sie anderen Frauen die Integration ins Berufsleben ermögliche und diesen Frauen damit die unterträgliche Doppelbelastung von Hausarbeit und Beruf abnehme.

Nichtsdestotrotz bleibt klar, daß die Beschäftigung einer Hausangestellten nicht die ideale, vor allem auch nicht für alle praktikable Lösung des Problems darstellt. Denn letztendlich verhindert diese Form gerade die gesetzlich proklamierte Forderung nach Aufteilung der Hausarbeit auf alle Familienmitglieder. Sie ist also, indem sie die Hausarbeit von einer Frau auf eine andere abwälzt (und diese Frauen noch dazu in ein Herrschafts-Untergebenenverhältnis stellt), vor allem für die Männer die bequemste Lösung.

Doch bis die Revolution auch in die Küchen eingezogen ist, wird es noch ein weiter Weg sein (nicht nur in Nicaragua!), und die Anzeichen sprechen nicht dafür, daß die Sandinistas schon viel von der politischen Ökonomie der Hausarbeit begriffenhätten.

Grund dazu hätten sie genug - und auch, sich dabei einmal auf die Herkunft ihrer sonst so oft zitierten Nationalhelden Sandino und Carlos Fonseca (Gründer der FSLN) zu beziehen. Denn beide sind Söhne von Hausangestellten gewesen, die aus der Vergewaltigung durch die jeweiligen Patronos hervorgegangen sind.

Quellen: Mujer- Revolución Hg, AMNLAE 19.7.1981, El Nuevo Diario 24.2.86, 17.3.86, 12.4.86, Barricada 31.1.86, eig. Interviews

ARGENTINIEN

Weihnachten ohne politische Gefangene!

Die Menschenrechtsorganisationen in Argentinien haben erneut eine Kampagne initiiert, um endlich die Freilassung der 13 immer noch inhaftierten politischen Gefangenen zu erreichen. Bisher waren alle politischen und gesetzgeberischen Initiativen mit diesem Ziel am Widerstand der Regierung Alfonsin gescheitert.

Wir bitten alle unscre Leser, diese Kampagne mit einer Briefaktion zu unterstützen. Bitte schickt den nachstehenden Brief an den argentinischen Präsidenten. Verbreitet ihn weiter und bittet Eure Freunde und Bekannte um Unterstützung für die Gefangenen, die nach jahrelanger menschenunwürdiger Haft und Folter immer noch auf ihre Freilassung warten.

Sr. Dr. Raúl Alfonsin Presidente de la República Casa Rosada Buenos Aires Argentinien

Señor Presidente:

Ya desde hace anos voy observan o la situación actual de su país; así he obtenido conocimientos profundos de ella, y tengo en gran aprecio su empeno en poner manos a la herencia pesante de la dictadura anterior.

Apenas entrado en funciones, Vd. se esforzó a encauzar la persecución judicial de crimenes cometidos durante la dictadura milita, en cuyo tiempo asesinato y tortura de los oposicionistas políticos estaban al orden del día. Por eso me causa gran asombro el hecho de que presos políticos juzgados durante la dictadura sin que se les haya hecho un proceso imparcial, digno de un estado basado en derechos legales, se hallan todavía en cárceles argentinas esperando a que su procedimiento de entonces sea revisado.

Para Vd. y para mí no es nada desconocido que los militares no perdonaron ocasión de criminalizar así llamados "delitos ideológicos". De fuentes dignas de fé he tenido noticia de los nombres de los presos siguientes: Hilda Nidia Nava de Cuesta, Hector Jerónimo López, Rubén Emperador, Felipe Cotmar, Osvaldo Antonio López, Juan Alberto Tejerina, Fernando Gauna, José María Cuesta, Fermín Nunez, Antonio Francesco Carrizo, Martín Paz, Jorge O. Fuente, Osvaldo Lovey.

El hecho de la existencia de estos presos está en desacuerdo con sus afirmaciones ante la Comisión de Derechos Humanos que ya no existían presos políticos en Argentina. Dicha organización incluso le honoró en nombre de la humanidad para estas afirmaciones. No dudo que Vd. se esfuerza muchísimo en restaurar los derechos legales para todos los ciudadanos en Argentina. Al mismo tiempo me hago cargo de los enormes problemas que se imponen a su país frente a las dificultades económicas cada vez más amplias. Con todo respeto le ruego a Vd. que no tarde en poner en libertad

a los presos mencionados, que no han hecho nada más que luchar para libertad y democracia.

Agradeciéndole de antemano le saluda atentamente,

(Unterschrift)

Herr Präsident.

Seit Jahren beobachte ich die Situation ihres Landes; deshalb habe ich eine genaue Kenntnis der Vorgänge und respektiere Ihr Bemühen, mit dem schweren Erbe der Diktatur fertig zu werden.

Kaum hatten Sie Ihr Amt übernommen, setzten Sie sich für die gerichtliche Verfolgung der Verbrechen der Militärdiktatur ein, unter der Ermordung und Folterung von Oppositionellen an der Tagesordnung war. Gerade deshalb verursacht mir die Tatsache Sorge, daß sich immer noch politische Gefangene in Haft befinden, die unter der Diktatur ohne einen rechtsstaatlichen Prozeß verurteilt wurden, und die immer noch auf eine Revision ihres Verfahrens warten.

Ihnen und mir ist bekannt, daß die Militärs keine Gelegenheit ausließen, sogenannte "ideologische Verbrechen" zu verurteilen. Aus vertrauenswürdigen Quellen habe ich die Namen der folgenden Gefangenen erfahren:

Die Existenz politischer Gefangener steht in Widerspruch zu Ihrer Aussage vor der Menschenrechtskommission, in Argentinien gäbe es keine politischen Gefangenen mehr. Von dieser Organisation sind Sie sogar im Namen der Menschheit für diese Tatsache ausgezeichnet worden.

Ich bezweifle nicht, daß sie große Anstrengungen unternehmen, um die legalen Rechte aller Bürger in Argentinien wiederherzustellen. Gleichzeitig sorge ich mich auch um die enormen und immer schwierigeren Wirtschaftsprobleme Ihres Landes.

Ich fordere Sie respektvoll auf, nicht länger damit zu zögern, die genannten politischen Gefangenen freizulassen, die nichts anderes getan haben, als für Freiheit und Demokratie zu kämpfen.

BRD

Chile-Theater Bremen

Die Gruppe CHILE-THEATER BREMEN gibt es in leicht veränderter Zusammensetzung seit 1976. Sie entstand im Zusammenhang eines Unterrichtsprojekts an einer bremischen Gesamtschule. Bisher wurden vier Stücke und einige Kurzszenen geschrieben, inszeniert und vor allem im norddeutschen Raum aufgeführt. Die Stücke waren: "Eigentlich ist Chile ein schönes Land", "Chile heute billig" (Tournee in Süddeutschland), "Hokuspokus Liberación" und "Unauffällige Anwesenheit" (ab September 1986).

Die Gruppe versteht ihre Theaterarbeit als Teil der Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika. Dabei versucht sie, dem Publikum Informationen über Geschichte und Gegenwart Lateinamerikas zu geben, aber auch Anlaß zu politischer Diskussion.

Das eingespielte Geld geht in vollem Umfang an eine Gruppe in Chile. Anfallende Ausgaben für Kostüme, Werbemittel, Fahrtkosten usw. trägt die Gruppe selbst, bzw. die einladenden Veranstalter.

Das CHILE-THEATER BREMEN sucht ab sofort Auftrittsmöglichkeiten in Norddeutschland/Ruhrgebiet und in der Zeit vom 2. - 8. April 1987 zwischen Köln und Freiburg. Gruppen oder Personen, die sich in der Lage sehen, eine Vorstellung vorzubereiten, wenden sich bitte an: CHILE-THEATER BREMEN

c/o Rudolf Wenzel Ansbacher Str. 24 2800 Bremen 1



SOLIDARITÄT

Wiederaufbauhilfe für die vom Erdbeben betroffenen Armenviertel in El Salvador

Am Freitag, dem 10. Oktober wurde El Salvador von einem schweren Erdbeben heimgesucht und das Zentrum der Hauptstadt zerstört.

Über das ganze Ausmaß der Katastrophe besteht zur Zeit noch Unklarheit. Sicher ist aber, daß vor allem die Armenviertel San Salvadors betroffen sind. Hier leben die Flüchtlinge, die vor dem seit Jahren andauernden Krieg in die Hauptstadt geflohen sind, um dort an Flußläufen und in Straßengräben ihre notdürftigen Hütten aufzustellen. Sie sind jetzt ohne Obdach, ohne Wasser und medizinische Versorgung. Es fehlt vor allem an Material für neue Unterkünfte und für die Wasserversorgung. Es mangelt an Zusatznahrung für Kinder, an medizinischer Notversorgung und an chirurgischen Instrumenten in der aktuellen Situation.

WIR BITTEN UM GELDSPENDEN FÜR SOFORTMASSNAHMEN UND FÜR DIE LANGFRISTIGE WIEDERAUFBAUARBEIT.

Unsere Projektpartner sind die Basisgemeinden in den schwer betroffenen Stadtvierteln, zu denen es bereits langjährige direkte Verbindungen gibt.

Wir können daher sicherstellen, daß die am stärksten Betroffenen die Hilfe direkt erhalten.

CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO Kardinal von Galen Ring 45 4400 Münster

Spendenkonto Darlehenskasse Bistum Münster 3112 200 BLZ 400 60 265 Stichwort: El Salvador MEDICO INTERNATIONAL Hanauer Landstraße 147 6000 Frankfurt 1

Spendenkonto Stadtsparkasse Frankfurt Konto 1800 BLZ 500 501 02 Stichwort: El Salvador

Helft der vom Erdbeben betroffenen Bevölkerung von El Salvador

San Salvador, die Hauptstadt von El Salvador, ist von einem Erdbeben heimgesucht worden, da bisher etwa 2000 Tote gefordert hat. 10.000 Menschen sind verletzt, ca. 200.000 Menschen obdachlos. Besonders schwer betroffen sind die Armenviertel der Hauptstadt. Hier haben die Menshen ihr gesamtes Hab und Gut verloren. An eine medizinische Versorgung ist kaum zu denken, da nur noch zwei Krankenhäuser funktionieren, eines davon ist das Militärkrankenhaus.

Die Menschen von El Salvador erwarten von dem Marionetten-Regime Duarte, das seit sechs Jahren Krieg gegen das Volk führt, keine Hilfe in dieser Katastrophe. Schon jetzt ist bekannt, daß die Hilfsgüter internationaler humanitärer Organisationen nicht dahin fließen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Wir wollen die Kriegswirtschaft und die Armee Duartes nicht mit Spendengeldern finanzieren. Wir wollen das Elend der Bevölkerung lindern helfen und haben dafür einen Weg gefunden: Anfang 1986 gründete sich die UNTS (Unidad Nacional de Trabajadores Salvadorenos), ein Zusammenschluß der wiedererstarkten Massenorganisationen. Inzwischen sind ca. 150 Gewerkschaften in diesem Dachverband zusammengeschlossen. Sie sind für uns neben der FMLN-FDR der deutlichste Ausdruck des Willens der Bevölkerung, für soziale Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und Frieden zu kämpfen. Die UNTS ist für uns ein Garant, daß Gelder für die Opfer des Erdbebens denen zugute kommen, die sie am nötigsten brauchen und die am wenigsten vom Duarte-Regime zu erwarten haben. Eine Unterstützung des Volkes in diesem Moment ist auch ein Ausdruck unserer Solidarität mit dem revolutionären Kampf in El Salvador.

Wir fordern Euch auf, so schnell wie möglich auf folgendes Konto zu spenden:

Antonio Dillmann-Corrales, Postgiroamt Berlin-W, BLZ 10010010 Konto 450713 - 106, Stichwort: UNTS Das Geld wird persönlich überbracht werden.

Es rufen auf: El Salvador-Komitee Berlin, Zentralamerika-Komitee (ZAK), Mittelamerika-Solidarität, FRELAS, Freundschaftsgesellschaft Cuba - Westberlin, Unterstützergruppe Radio Farabundo Martí, Alternative Liste, Lateinamerika Nachrichten

REZENSIONEN

Chile — Chancen der Demokratie nach Pinochet

Hugo Calderón und Jaime Ensignia (Hg.) Chile - Chancen der Demokratie nach Pinochet Junius-Verlag, Hamburg 1986

Die Herausgeber versuchten mit dieser Sammlung verschiedener Analysen, die einzelnen Bereiche der chilenischen Gesellschaft unter der Militärdiktatur Pinochets näher zu beleuchten, sie in einen Zusammenhang zu stellen. Einerseits werden die durch die Diktatur eingetretenen Veränderungen aufgezeigt, andererseits damit einhergehende neue Bedingungen und Möglichkeiten sozio-politischer Subjekte in ihrem Kampf um die Redemokratisierung beschrieben.

Im einzelnen wird auf die Veränderungen im psychosozialen und politisch-kulturellen Bereich eingegangen. Angesprochen werden die Probleme der nationalen Identität, die Beziehungen zwischen sozialen und politischen Subjekten in ihren Redemokratisierungsbestrebungen, ferner die Rolle und Kontrollfunktion der Massenmedien, innerfamiliale Veränderungen sowie die psychologischen Konsequenzen, jene Angst, bedingt durch die Unterdrückung.

Einen zweiten wichtigen Abschnitt widmeten die Herausgeber neuen Strategien einer möglichen Industrialisierung nach der Ablösung des Militärregimes, zukünftigen Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft und der Situation der chilenischen Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Wiederbelebung um Jahre 1982. Sie streben nach Autonomie und werden ihrem Verhältnis zu den politischen Parteien näher analysiert.

Jene tiefgreifenden Veränderungen, die Neoliberalismus und Militärdiktatur in den dreizehn Jahren ihrer Gewaltherrschaft nach sich gezogen haben, sind heute in allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar. In dieser durch den Markt geprägten Gesellschaft, gekennzeichnet durch ein System autoritärer Ordnung, ist es besonders schwierig, gesellschaftliche Subjekte heranzubilden (S. 45), das die Gesellschaft als solche praktisch zersplittert ist. Dadurch ist die Einheit der Nation zu einem Problem der modernen kollektiven Identität geworden und wird nicht mehr unter der Diktatur nur einer bestimmten Klasse verallgemeinert (S. 50)

Die Bildung eines progressiven oppositionellen Blocks gestaltet sich schwierig. Hinzu kommen gewisse Veränderungen in den Beziehungen zwischen Parteien und sozialen Organisationen. Allgemein befindet sich die gesellschaftliche Repräsentanz in einer Krise. Es entstehen vielfältige korporative Organisationen, und die Opposition strukturiert sich weiter in verschiedenen politischen Fronten.

Der Kampf um die Redemokratisierung des Landes macht den Prozeß einer sozialen Mobilisierung erforderlich, der die Krise der Gesellschaft in die Streitkräfte hineinträgt. Daneben ist eine politische Konzertierung notwendig, die diese Mobilisierung zu einem gangbaren politischen Weg umgestalten helfen soll (S. 62)

Gerade im Hinblick auf die aktuelle Situation in Chile ist dieses Buch für all diejenigen empfehlenswert, die mehr über die Hintergründe der gegenwärtigen gesellschaftlichen Konfrontation erfahren möchten.

Agrarreform in Nicaragua

Gleich fünf Bücher sind 1985/86 zur Agrareform in Nicaragua erschienen. Die Materialfülle könnte den Leser also eigentlich erschlagen. Aber keine Angst, es bleiben genügend Fragen offen.

Das umfangreichste Werk hat Helmut Thielen vorgelegt. "Agrarreform in Lateinameika zwischen Ökonomie und Ökologie. Modellfall
Nicaragua", 518 Seiten, Verlag Haag und Herchen. Der Anspruch des
Buches ist hoch. Wie kann eine ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Agrarentwicklung in Lateinamerika aussehen? Welche Bedingungen
müssen gegeben sein, worin bestehen die Haupthindernisse und Gefahren, und kann die Agrarentwicklung in Nicaragua nach 1979 als
Modellfall gelten?

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden neben der theoretischen Herleitung und Definition der Begriffe Agrarstruktur und Agrareform die Spezifik der abhängigen lateinamerikanischen Landwirtschaft (z.B. Latifundien – Minifundien – Agrobusiness) und ihre politischen, sozialen und ökologischen Folgen dargelegt. Traditionelle Agrarreformkonzeptionen, wie sie die "Allianz für den Fortschritt" vorsah, werden ebenso vorgestellt wie das kubanische Entwicklungskonzept und die Ziele der gewaltsam unterbrochenen chilenischen Agrareform unter Salvador Allende. Ziel ist es nach Thielen, einem idealen Konzept für Lateinamerika näherzukommen. Die Analyse der vorrevolutionären Agrarstruktur in Nicaragua sowie die sehr schematische Darstellung der sandinistischen Agrarreform nach 1979 schließen den ersten Teil des Buches ab.

Im Teil 2, wir haben schon 250 Seiten hinter uns, widmet sich der Autor in ebenso epischer Breite den theoretischen wie praktischen Möglichkeiten und Chancen, in Nicaragua zu einer ökologisch vernünftigen und standortgerechten Landwirtschaft (das ist die Zauberformel!) zu kommen, wobei im siebten Kapitel konkrete Institutionen, Programme und Projekte einer vernünftigen Ressourcenpolitik vorgestellt werden.

Die sandinistische Agrarreform könnte modellhaft sein, wenn die

drei zentralen Bestandteile des im Buch entwickelten idealtypischen Agrareformkonzeptes "sich wechselseitig durchdringen und dadurch fördern", nämlich: a) die Veränderung der Grundbesitzund Agrarverfassung, b) die angepaßte konventionellen, wie spezifisch ökologischen Methoden und Technologien der Produktivitätssteigerung und c) die demokratische Selbstbestimmung und Partizipation der Landbevölkerung am Entwicklungsprozeß.

Soweit, so gut und immer recht abstarkt. Wie hat sich aber die Agrareform ganz konkret auf die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen ausgewirkt? Welche Probleme und Widersprüche gab es z.B. beim eher schleppend verlaufenden Aufbau von kooperativen? Haben die Planer der Agrarreform tatsächlich, wie in Pubkt b) gefordert, angepaßte konventionelle oder ökologische Methoden zur Produktivitätssteigerung im Kopf, oder eher agroindustrielle Großprojekte? Hier bleiben manche Fragen offen.

Helmut Thielens Buch ist echte Fleißarbeit. Eine umfangreiche Material- und Datensammlung (mit teilweise widersprüchlichen Zahlenangaben) und eine umfangreiche Studie. Es wurde wohl so ziemlich alles, was af dem Markt war, verarbeitet oder nur "dokumentiert". Oft genug vermißt man eine sinnvoll gekürzte Zusammenfassung und eine klare politische Einschätzung. Eher ein wissenschaftliches Werk also, das den Leser oft nicht nur vom Umfang, sondern auch vom Sprachstil und der doch leider recht langweiligen Aufmachung des Buches eher abschreckt. Schon eher etwas für Agrarspezialisten und Entwicklungssoziologen.

AGRARREFORM VON "INNEN" - DER BLICK DURCHS NAHRUNGS-MITTELFENSTER

"Hunger ist keine Frage der Lebensmittel, sondern Hunger ist eine Frage der Macht", schreibt der US-Amerikaner Joseph Collins, einer der Autoren des Buches "Der Mythos vom Hunger", in seinem 1986 bei Edition Nahua erschienen Buch "Nicaragua - Was hat sich durch die Agrareform verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua". Collins und seine Kollegen vom Institute for Food- and Development Policy in San Francisco fordern dazu auf, die Revolution in Nicaragua mit einem "Blick durchs Nahrungsmittelfenster" zu sehen. Der Kampf um die Ernährung ist die tatsächliche Revolution, denn kein Land kann hoffen, politisch oder kulturell unabhängig zu sein, wenn es sich nicht selbst ernähren kann, heißt es im Vorwort von Roshan Dhunjibhoy.

Von dieser These gehen die Autoren aus, wenn sie die Entwicklungsschritte der sandinistischen Agrarreform nachzeichnen. Im
ersten Teil des Buches, der schon 1982 beendet wurde, beschreiben
sie die historischen Wurzeln des Kampfes um Landreform in Nicaragua sowie die ersten konkreten Maßnahmen und die mühsame Arbeit,
ein Konzept der Agrarentwicklung zu erarbeiten, das den Agrarsektor den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung unterordnet. Konflikte Bourgeoisie, die Wut der Campesinos über die zaghaften
Enteignungen der Großbesitzer, die Probleme beim Aufbau von Ko-

operativen und die mangelhafte Versorgung seien als Beispiele genannt, an denen Collins die Probleme, Irrtümer, Widersprüche,aber auch Erfolge der Agrareform schreibt.

"Zwei Jahre später" könnte der zweite Teil überschrieben sein. Die US-Aggression gegen Nicaragua, die Contra-Angriffe und der Wirtschaftskrieg haben verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes. Das Außenhandelsdefizit und die negative Zahlungsbilanz haben sich enorm erhöht, die Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln ist nicht gesichert, die Versorgungslage spitzt sich dramatisch zu, Reallöhne und die Arbeitsproduktivität sinken, die Inflation steigt explosionsartig, die Verteidigungsausgaben wachsen, Spekulation, Schwarzmarkt und auch Korruption blühen, der Zusammenschluß der Landbevölkerung in Kooperativen hat nicht wie erhofft funktioniert, der Mangel wird notdürftig verwaltet. Ab 1984 und verstärkt 1985 und 1986 beginnt das Agrarreformministerium MIDINRA individuelle Landtitel zu vergeben.

Collins und sein Autorenteam, unterstützt von Paul Rice von der Yale-University, lassen zahlreiche Betroffene - Markthändler, Campesinos, Arbeiter und Regierungsverantwortliche - zu Wort kommen. Das ist zugleich auch die Stärke des Buches. Collins bügelt also Widersprüche der nicaraguanischen Realität nicht einfach platt. Er hat viele Sympathien für den revolutionären Prozeß in Nicaragua, verfügt auch über beste Kontakte, woran auch seine fundierte Kritik nichts ändert.

Ein zentrales Hindernis für die Entwicklung der Agrarreform in Nicaragua ist - wie erwähnt - der militärische und wirtschaftliche Krieg, der von den USA gegen das Land geführt wird. Die Wurzeln des Hungers liegen in den Strukturen der Macht. Strukturelle Veränderungen sind demnach die einzige Hoffnung der armen Mehrheit, schreibt Collins. Er appelliert, etwas dafür zu tun, daß die US-Außenpolitik den Weg zu Veränderungen nicht behindert. Ein gut gemeinter Appell, vielleicht. Hunger ist aber eine Frage der Macht, und die Macht der einen lebt vom Hunger der anderen. Für die Herrschenden ist Hunger eine Waffe. Werden sie es zulassen, daß ein Land alleine sich selbst ernährt? Hier wird der Blick nur durch das Nahrungsmittelfenster zu eng.

Eingegangene Bücher

James Dunkerley: Der lange Krieg. Diktatur und Revolution in El Salvador. isp-Verlag, Frankfurt 1986

Grundgesetz für die Landwirtschaft der Landarbeiter und Kleinbauern Boliviens. Schriftenreihe 'Entwicklungsperspektiven' des FB 6 der Gesamthochschule Kassel, 1986. Bezug: LN-Vertrieb

Urs M. Fiechtner: Mario Roas. Die Geschichte einer Flucht. Signal-Verlag, Baden-Baden 1986

Hugo Calderón, Jaime Ensignia (Hg.): Chile - Chancen der Demokratie nach Pinochet. Junius-Verlag, Hamburg 1986

Norbert Greinacher, Jochen Hippler, Roger Peltzer (Hg.): Herausforderung im Hinterhof. Das neue Nicaragua – Eine Bestandsaufnahme. Peter Hammer-Verlag, Wuppertal 1986

A.F.C.-S.T.M., agib, BUKO, ÖIE: Aktionshandbuch Dritte Welt. 7. überarb. Auflage, Peter Hammer-Verlag, Wuppertal 1986

Roland Herzog: CIAE - Komplott in Argentinien. Millionencoup mit Schweizer Beteiligung. Mosquito, Postfach 1007, CH-3001 Bern, 1986

Charles Edquist: Capitalism, Socialism an Technology. A comparative study of Cuba and Jamaica. Zed-books Ltd., London 1985

Buenos Dias. Bauernmalerei aus Nicaragua. Wandkalender 1987. Ministerio de Cultu-ra/Managua, Kultuur Kollektief Latijns-Amerika/Utrecht, Peter Hammer Verlag/Wup-pertal 1986

Helmut Koch: **No pasarán.** Nicaraguas Weg in die Zukunft. Signal-Verlag, Baden-Baden 1986

Georg Cremer: Mangel und Verschwendung. Energieprobleme im Nord-Süd-Konflikt. Aktion 3. Welt/iz33w, Postfach 5328, 7800 Freiburg, 1986

Werner Olle: Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt. Herausgegeben von medico international. Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1986

Gudrun Pausewang: Pepe Amado. Roman. Arche-Verlag, Zürich 1986

Paulo Freire, Frei Betto: Schule, die leben hilft. Befreiungstheologie konkret. Ein Gespräch. Kösel-Verlag. München 1986

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 99, Okt. 1986 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1 Schwerpunktthema: Lateinamerikanische Literatur in der BRD: Versuch, am Beispiel der Literatur darzustellen, wie hierzulande mit lateinamerikanischer Kultur umgegangen wird. Das Heft enthält ein Gespräch mit den Verlegern Rene Böll (Lamuv. Verlag) und Hermann Schulz (Peter Hammer Verlag), eine Auseinandersetzung mit den Klichees der bundesdeutschen Literaturkritik, einen Beitrag zur Geschichte der Rezeption lateinamerikanischer Literatur in deutscher Sprache sowie Informationen über die Expansion des Bertelsmann-Konzerns in Lateinamerika.

Weiter Beiträge: Menschenrechte unter Kriegsbedingungen (Nicaragua und Peru), Polizeihilfe für Guatemala, Waffengeschäfte mit Lateinamerika, Straßenkinder in Brasilien, Infos über Aktionen und Kampagnen der Solibewegung.

BRASILIEN NACHRICHTEN Nr. 90/1986

An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück "Neues aus der alten Republik oder Altes aus der neuen Republik" / Statt keine Cruzeiros jetzt keine Cruzados in der Tasche / Schuldenkrise und Perspektiven für die nicht-staatliche Zusammenarbeit / Die Landproblematik in Maranhâo / Mord an Padre Josimo Tavares / Agrarreform jetzt / Auch in der neuen Verfassung -Frauen, Menschen 2. Klasse / Brasiliens Indianer und die "Neue Republik"

ISSA 5'86, August/September Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1 Schwerpunkt: Energie-Probleme; Pestizide/Asbest; Ökologie und Apartheid Ein längst überfälliges Thema ist diesmal der Schwerpunkt des neuen Informationsdienstes: es geht um die hierzulande viel diskutierten Umweltprobleme. 'Energiekrise' hat im afrikanischen Kontext nicht allein mit Öl oder anderen fossilen Brennstoffen zu tun, die meisten Staaten Afrikas leiden unter einer in verschiedenen Formen auftretenden Energiekrise. Ein Aufsatz behandelt beispielsweise die Frage von Energie-Problemen, wie sie in der regionalen Kooperationsgemeinschaft der SADCC-Staaten diskutiert wird. Der Kreislauf der Gifte und die Auswirkungen von Asbest sind Themen zwei anderer Aufsätze. Außerdem geht es um die Umwerltzerstörung in den Homelands, um den Uranabbau in Namibia und den Zusammenhang von Weidewirtschaft und Ökologie. Länderberichte diesmal zu Zimbabwe, Namibia, Mosam-

epd-Entwicklungspolitik 18/19/86

bik/Zimbabwe, Malawi und Swasiland.

Friedrichstr. 2. 6000 Frankfurt 1 Landreform in Nicaraqua / BRD-Panzer für die Dritte Welt / GATT-Verhandlungen: welche Ergebnisse? / Rechenschaftsbericht der AG KED / Gerhard Grohs: eigenständiqe Entwicklungspolitik beibehalten - zur EKD Entwicklungssynode Herbst '86 / Günter Reese: zur Vorgeschichte des Sturzes von Marcos / Mark Luyckx: Kultur. Entwicklung und Befreiung

& POLITISCHE VERANTWORTUNG **SUSTUNGSEXPORTE**

STEGNE

LATEINAMERINA

Politikeräußerungen

Genehmigungspraxis

Rheinmetallprozess

Herausgeber: ANDREAS MAISLINGER

440 Seiten, öS 335.-

Band 3 der "Studien zur politischen Wirklichkeit" des Institutes für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck, 1986 ISBN 3-85123-091-4

COSTA RICA

Das umfassende Werk Costa Rica mit dem Untertitel "Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger aktiver und unbewaffneter

Neutralität" behandelt in folgenden Punkten sozialwissenschaftliche und politikwissenschaftliche Gesichtspunkte dieses lateinamerikanischen Landes:

Einleitung von Andreas Maislinger Überblicke Internationaler Aspekt Außenpolitik

Wirtschaft Parteiensystem Politisches System Modell Costa Rica?

Als Autoren der zahlreichen Beiträge zeichnen: Gerhard Drekonja-Kornat, Wolfgang Dietrich, Oskar S. de Castro, Rafael Angel Herra, Armando Vargas Araya, Hanspeter Neuhold, Dietrich Schindler, Klaus Lindenberg, Alois Mock, Oskar Lehner, Alan T. Leonhard, Ralf Leonhard, Francisco Rojas Aravena, Waldemar Hummer, Mechthild Minkner, Claudia Brennessel, Arno Tausch, Karola Tippmann, Manuel Solis Avedano, Manuel Rojas Bolanos, Manfred Rabeneick, Robert J. Alexander, Jochen Fuchs, Ulrich Fanger, Manfred Ernst, Sonke Schmidt, Georg Gaupp-Berghausen, Rudolf Batliner, Christoph Ludescher, Tord Høivik, Solveig Aas, Jaime Serra Canales

INN-VERLAG INNSBRUCK

Postfach 29, A-6023 Innsbruck



berichtet regelmäßig über

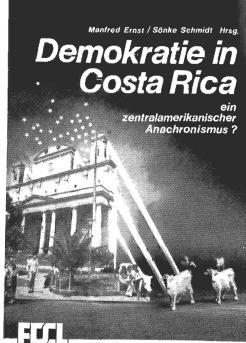
- den Befreiungskampf der F. POLISARIO
- die diplomatischen Auseinandersetzungen um die **WESTSAHARA**
- das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis
- die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das SAHARA INFO

erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15.- DM! Probeheft und Abobestellung bei GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES SAHRAUISCHEN VOLKES e. V. U. Hilpert, Am Wall 46 2800 Bremen 1

Edition FDCL 8



Costa Rica — vorgeblich neutrale »Musterdemokratie« Zentralamerikas — wird in die Destabilisierungspolitik der USA gegen Nicaragua einbezogen. Strenge Austeritätspolitik polarisiert die Gesellschaft in arm und reich. 70% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Oppositionelle Forderungen werden zunehmend mit repressiver, autoritärer Politik beantwortet.

Januar 1986, 224 Seiten und 16 Bildseiten DM 19.80 ISBN 3-923020-07-4

In Ihrer Buchhandlung oder bei:

LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61